

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 178 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 11/2009 VOM 30. OKTOBER 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Bürgerhaushalt 2010
kostet kein Geld**
Nur Aushängeschild für Bürgernähe?

7 | **Und es gibt sie
immer noch**
Montagsdemos gegen Hartz IV

12/13 | **1939 – Als der große Krieg
geboren wurde (Teil 3)**
Überlegungen zum Nichtangriffspakt

Die Allmählichkeit der Revolution

»Wenn der Boden der alten Klassengesellschaft zu wanken und zu beben beginnt, dann erscheint in zwölfter Stunde ein 'Reformministerium' auf der Bildfläche ... Der historische Sinn und Zweck solcher 'Reformministerien' in letzter Stunde, bei heraufziehendem Vollgewitter, ist stets derselbe: die 'Erneuerung' des alten Klassenstaates 'auf friedlichem Wege', d. h. die Änderung von Äußerlichkeiten und Lappalien, um den Kern und das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten, ...«.

Dies schrieb Rosa Luxemburg im September/Oktober 1918. Genau 71 Jahre später gab es in der DDR auch so ein »Reformministerium«. Am 18. Oktober rief Egon Krenz eine »Wende« aus, nachdem Erich Honecker in einer Art Palastrevolte zum Rücktritt gezwungen worden war. Doch der halbherzige Versuch der SED-Führung, aus der politischen Starre herauszukommen und den beginnenden Wandel unter Kontrolle zu halten, mißlang kläglich.

Fünf Tage nach der großen Demonstration vom 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin, bei dem Forderungen nach einer Erneuerung des Sozialismus in der DDR im Vordergrund standen, zeigte sich die chaotische Hilflosigkeit der alten Elite, als mittels zugereichtem Handzettel faktisch nebenbei von Günter Schabowski die Öffnung der Grenzen verkündet wurde – und anschließend die ahnungslosen Grenzer überrannt wurden.

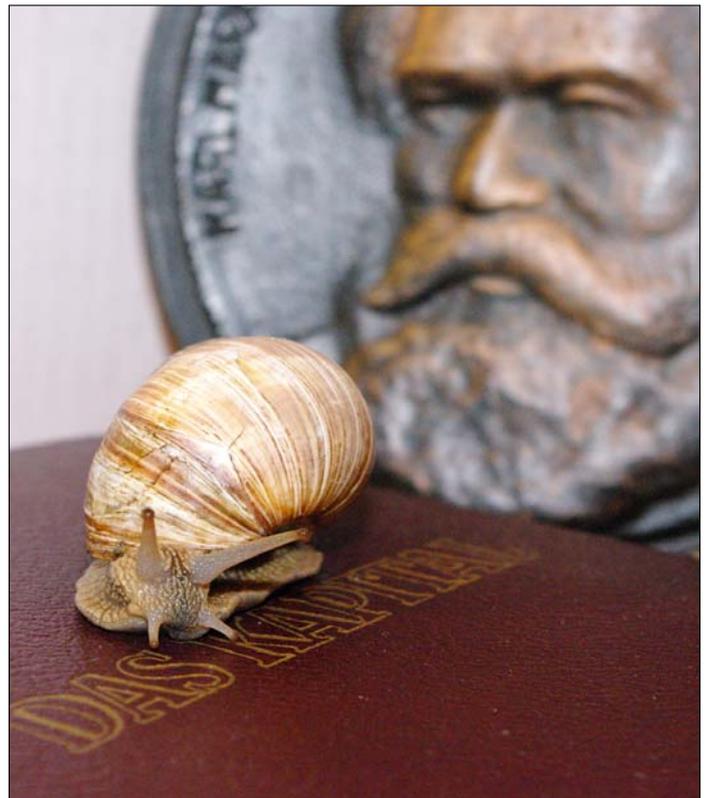
Der Wandel schritt voran und über die SED hinweg. Ehe sich jedoch die DDR-autochthone Revolution richtig entwickeln konnte, bestimmte mehr und mehr der große Nachbar die Prozesse. Die Bananen und 100 Mark Begrüßungsgeld taten ihr Werk.

Die Wucht und Dynamik der damaligen Ereignisse überraschte alle Beteiligten und dürfte kaum mit dem Begriff »Allmählichkeit« in Zusammenhang gebracht werden. Allerdings sind die Ereignisse von 1989/90 in der DDR und den anderen europäischen staatssozialistischen Länder als Teil der aktuellen globalen Umwälzungen selbst nur eine Episode.

Hintergrund ist die Ablösung der sogenannten fordistischen Produktionsweise mit ihrer hierarchischen und arbeitsteilig organisierten Fließbandproduktion, die in den 50er und 60er Jahren ihre Blüte erlebte, durch neue Formen der Produktion, deren äußere Kennzeichen in der zunehmenden Verwendung der Mikroelektronik und anderer neuer Technologien bei gleichzeitigem Abbau hierarchischer Strukturen in der Produktion erkennbar sind. Die Veränderungen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse hinken dieser dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte hinterher.

Die staatssozialistische Planwirtschaft stellte durchaus einen passenden Überbau zum fordistischen System der Produktion dar. Das zeigt auch der statistische Vergleich zwischen DDR und BRD, nach dem in der DDR die durchschnittlichen Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 1966 und 1985 über jener der BRD lag (Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/III).

Allerdings war die Planwirtschaft der DDR nicht in der Lage, auf die revolutionären Produktivkraftveränderungen seit den frühen 70er Jahren adäquat zu reagieren. Die Strukturkrise der 70er Jahre, die in der BRD zeitiger und spektakulärer zu Tage trat, blieb in der DDR letztlich unbewältigt und führte zu einem »allmählichen, sich selbst verstärkenden Verlust an Dynamik und Innovationskraft sowie eine zunehmende Tendenz



Der 14. und letzte Teil der Serie »Marx im 21. Jahrhundert« von Dr. Rainer Thiel auf Seite 10 ist mit »Die Allmählichkeit der Revolution« überschrieben. Rainer Thiel setzt sich darin mit der verbreiteten Ansicht auseinander, der Begriff der Revolution würde das PLÖTZLICHE Umschlagen angehäufter Quantitäten in eine neue Qualität beschreiben. Doch selbst die »Zehn Tage, die die Welt veränderten«, als die John Reed den historischen Umbruch der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« erlebte, erstreckte sich über zweieinhalb Jahre von 1917 bis 1920. Und auch da bestand am Ende die neue Qualität gerademal darin, daß bestimmte neue Bedingungen für die weitere Entwicklung entstanden waren, weit entfernt vom erstrebten kommunistischen Paradies. Letzlich war auch dies, zusammen mit dem 1. Weltkrieg und den weltweiten Revolutionen danach, nur Episode im großen Umbruch der zweiten industriellen Revolution (ein wichtiges Merkmal war die Ablösung der Dampfkraft durch Elektrizität und Verbrennungsmotor), als deren Resultat sich weltweit die fordistische Produktionsweise als vorherrschend durchsetzte, die in den 50er und 60er Jahren ihre Blüte erlebte.

zur Stagnation.« Die sich Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zuspitzende wirtschaftliche Krise »war begleitet von Erscheinungen politischer Verküstung, kultureller Lethargie und ideologischer Inflexibilität« (ebenda).

Die Überwindung der fordistischen Produktionsweise stellte sich dann nachholend ab dem 1. Juli 1990 mit der Währungsunion als abrupte und zerstörerische Deindustrialisierung des Ostens dar. Die noch unter der Modrow-Regierung gebildete Treuhandanstalt sollte eigent-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1:

lich das Volkseigentum der DDR aus Staatseigentum in tatsächliches Eigentum des Volkes überführen. Tatsächlich wurde sie zum Instrument der Enteignung der Ostdeutschen und der Bereicherung westdeutscher Unternehmen.

Die Sonderkonjunktur welche der Westen Deutschlands auf dieser Grundlage nach der Einverleibung der DDR erlebte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anpassung des gesellschaftlichen Überbaus an die dynamischen Umwälzungen in der Produktion auch in der BRD auf der Tagesordnung steht und auch tatsächlich im Gange ist.

Wichtigste Veränderung, die sich noch der »Kanzler der Einheit« Helmut Kohl ans Revers heften kann, ist die faktische Abschaffung des Nationalstaates mit der Schaffung eines europäischen »Überstaates«, der schon kein Staat mehr im hergebrachten Sinne ist. Ähnlich revolutionär sind die Bemühungen zur Liquidierung der Staatsmacht auf dem flachen Land im Gefolge diverser Gemeindegebietsreformen. In Brandenburg warf sich dabei CDU-General Schönbohm sehr erfolgreich in die Bresche.

Auch global sind Veränderungen mittlerweile unübersehbar. Da ist die sehr experimentierfreudige »Neue Linke« in Lateinamerika. Eine der Ideen von dort, der Bürgerhaushalt, fand in (sehr) weichgespülter Form sogar Aufnahme in die Eberswalder Kommunalpolitik. Der neue US-Präsident ist Symbol, daß auch die herrschenden Eliten in den USA inzwischen die Sackgasse ihrer Weltherrschaftsstrategie erkannt haben und nun versuchen, die alten Ziele auf neuen Wegen zu erreichen.

Die hiesigen Eliten feiern derzeit 20 Jahre »Mauerfall«. Viele brauchen die in diesem Zusammenhang erneut entfachte Stasihysterie mangels eigener Substanz zu ihrer Legitimierung. Bei den Linken (weit über die Grenzen der sich so nennenden Partei hinaus) ist indes ein reger Diskussionsprozeß in Gang gekommen. Einerseits zum Verständnis der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen, andererseits, und damit verbunden, darüber, wie sich die Linken in die beschriebenen Entwicklungen einbringen können. An diesem Diskurs beteiligen sich auch viele, die ihren politischen und gesellschaftlichen Standort eher »in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft« verorten.

Nach den deutlichen Wahlsieg der Linkspartei hat diese Diskussion noch an Dynamik gewonnen. Die »Barnimer Bürgerpost« steht diesen Diskussionen selbstverständlich auch weiterhin als Podium zur Verfügung.

GERD MARKMANN

Neben der Papierausgabe der »Barnimer Bürgerpost« steht für diese (und andere Diskussionen) auch das BBP-Forum, die Mailingliste für die Abonnentinnen und Abonnenten der »Barnimer Bürgerpost«, zur Verfügung.

(<http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum>)

Nachwuchs-Diplomaten gesucht!

Eberswalde (fdp). Der Stadtverordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, Martin Hoeck (FDP) sucht Jugendliche, die sich für internationale Politik und das Diplomatenleben interessieren. Im März 2010 findet in Kiel wieder Model United Nations Schleswig-Holstein (MUN-SH) statt. »Ich möchte gerne mit einem Eberswalder Team an dieser Simulation der Vereinten Nationen teilnehmen«, sagt der jüngste Eberswalder Stadtverordnete. MUN-SH ist ein Planspiel für Schüler, bei dem die Vereinten Nationen simuliert werden.

Die etwa 450 Teilnehmer schlüpfen dabei in die Rolle von Diplomaten eines Mitgliedsstaates der UN und müssen dessen Interessen in simulierten Gremien wie dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung möglichst authentisch vertreten. In realitätsnahen Debatten werden Resolutionen verfaßt, diskutiert und verabschiedet. »Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren. Sie sollen mehr über die UN und auch das diskutieren und

debattieren lernen«, hofft Hoeck auf viele Interessenten.

Als Ausschußvorsitzender für Bildung und Jugend will Hoeck die Delegation persönlich begleiten und sie bei der Bewerbung unterstützen. »Da der Anmeldeschluß bevorsteht, müßten sich die Interessenten schnell melden«, sagt Martin Hoeck, »denn wir müssen uns noch einigen, für welche Länder wir uns bewerben wollen«. Bei Interesse oder Fragen einfach melden bei: Martin Hoeck, Tel.: 03334/7838309, Mobil: 0162/7166198, eMail: info@martin-hoeck.de.

Geld für's Mühlendach

Eberswalde (mühle). Die Versteigerung von Werken der Mühlenkünstler am 11. Oktober hat 1.001 Euro für das Dach der Mühle eingebracht. Außerdem kamen noch 265 Euro aus Spenden und für Kaffee und Kuchen zusammen, den die Müllerinnen und Müller ihren Gästen an diesem ungemütlichen regnerischen Sonntag reicheten. (www.diemuehle.de)

»DDR war auf BRD-Finanzhilfe angewiesen«

Zu: »Zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR«

Die Ausführungen in der »Barnimer Bürgerpost« Nr. 177, S. 4, »Zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR« verlangen nach den geschichtlichen Tatsachen einen deutlichen Widerspruch.

Das Leben für jeden Menschen in der DDR war sicher von der »Wiege bis zur Bahre«. Doch worauf beruhte diese Sicherheit? Der unbeschreiblich schreckliche 2. Weltkrieg war vorbei und als Folge davon war der »Kalte Krieg« zwischen »Ost« und »West« in Gang gekommen. Die Politik des westdeutschen Staates gegenüber anderen Ländern enthielt zum ostdeutschen Staat, also der DDR, erhebliche Besonderheiten im Sinne von Begünstigungen zum wirtschaftlichen Nutzen der DDR. Das Schmidt-Honecker-Treffen am Werbellinsee (11.12.1981) hatte z.B. das Ergebnis der Verlängerung des zinslosen Überziehungskredites zu Gunsten der DDR und am 16.07.1983 anläßlich des »Straußbesuches« am Werbellinsee erhielt die DDR einen Milliardenkredit mit Bürgschaft der BRD. Die Bruttoverschuldung der DDR bei »westlichen« Gläubigern betrug 12

Milliarden US-Dollar. Die sozialen Leistungen in der DDR konnten in den 80er Jahren nur mit den Hilfen aus der BRD gewährleistet werden. Es kann also keinen Grund geben, der DDR nachtrauern. Ein viel größeres Elend als »Hartz-Vier« – nicht nur für einen Bevölkerungsanteil von 10 bis 20 % – wäre ohne die Wiedervereinigung auf uns zugekommen. Damit will ich nicht sagen, daß man sich mit »Hartz-Vier« abfinden sollte – im Gegenteil, mit den Möglichkeiten unserer Demokratie sollte »Hartz-Vier« zum Wohle aller Menschen unseres Landes überwunden werden. Dazu gehört vor allem, daß für alle leistungswilligen Menschen leistungshemmende Faktoren abgeschafft werden. Ohne wertschöpfende Leistung kann in unserem Land keine Sozialpolitik praktiziert werden. Die bedeutendste Voraussetzung dazu sehe ich im Faktor Freiheit mit Verantwortung für alle Menschen sowie Bildung für alle angepaßt vom Kindergartenalter an auch für die Entwicklung von Innovationen für unser jetziges Leben und die Zukunft.

Dr. med. SIEGFRIED ADLER

Voraussichtlich im November erscheint im Kai-Homilius-Verlag:

Rainer Thiel

Allmähliche Revolution – Tabu der Linken

Zwei Arten Abstand vom Volk: Warten auf Wunder und »Gebt eure Stimmen bei uns ab«

ISBN: 978-3-89706-657-1

Im Kai-Homilius-Verlag erschien auch das Buch von Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Von Serwest zum Taubenberg bei Buchholz:

1. Protestwanderung gegen die 380-kV-Freileitung

Für den 17.10.2009 hatte die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« gemeinsam mit dem Alpakahof Schorfheide und dem Okodorf Brodowin e.V. zur 1. Protestwanderung im Trassengebiet aufgerufen. Auch die Naturfreunde Oberbarnim-Oderland e.V. hatten sich dem Aufruf angeschlossen.

Diese Protestwanderung ist ein Element in der Kampagne der BI gegen die von Vattenfall geplante 380-kV-Freileitung im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens, mit dessen Eröffnung in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Vor den Bundestags- und Landtagswahlen hatte die BI in Angermünde und Eberswalde zu öffentlichen Podiumsdiskussionen eingeladen und damit das Thema nach der Sommerpause wieder in die Öffentlichkeit gebracht.

Die Position der BI wird in dem Aufruf in wenigen Worten zusammengefaßt: »Die geplante 380-kV-Freileitung zerstört das einmalige Landschaftsbild der Endmoränenlandschaft, gefährdet die vielfältige Vogelwelt im Trassenbereich, rüniert die wirtschaftliche Entwicklung des sanften Tourismus in unserer Region und stellt ein besonderes Gesundheitsrisiko für die Trassenanwohner, vor al-

lem für deren Kinder dar. Deshalb darf diese Planung nicht genehmigt werden!«

Mehr als 30 Personen aus den Choriner Ortsteilen Brodowin, Chorin, Senftenhütte und Serwest, aber auch aus Großziethen und Eberswalde waren dem Aufruf der BI gefolgt und hatten sich vor der Gaststätte Aquamarin in Serwest eingefunden, um gemeinsam mit vier Alpakas zum Taubenberg zu wandern.

Auch drei Landtagsabgeordnete, Gregor Beyer (FDP), Michael Luthardt (die Linke) und Axel Vogel (Bündnis 90 /Grüne) und der Stadtverordnete Andreas Steiner aus Eberswalde beteiligten sich an der Protestwanderung (siehe Foto). Der Ortsvorsteher von Serwest, Reinhard Gesse, und Mitglieder der Ortsbeiräte aus Serwest und Chorin repräsentierten die trassenkritischen kommunalen Mandatsträger, denn die

erreichte, hat man einen wunderbaren Blick auf die einmalige Endmoränenlandschaft, die Kernberge, den Serwester See und die bestehende 220-kV-Freileitung, die sich von Angermünde kommend über Schmargendorf an Buchholz vorbei nach Senftenhütte und weiter nach Eberswalde schwingt. Neben diese Freileitung soll eine wesentlich größere mit 60 m hohen Masten und stärkeren elektromagnetischen Wechselfeldern gebaut werden.

Hier erläuterte Axel Vogel kurz die Bedeutung der »Uckermarkleitung« für das geplante Atomkraftwerk in Gryfino. Entgegen der Vattenfall-Behauptung, die »Uckermarkleitung« diene der Einspeisung von erneuerbaren Energien ins Netz, ist davon auszugehen, daß durch diese Leitung, die in Vierraden einen Anknüpfungspunkt an das polnische Stromnetz bietet, Atomstrom aus Polen in das deutsche Netz eingespeist werden soll. »Wer das AKW-Gryfino verhindern will, muß zuerst diese 380-kV-Freileitung verhindern«, so sein Fazit.

Für das Planfeststellungsverfahren regt die Bürgerinitiative eine Kooperation der Vertreter kommunaler Belange an, ein Bündnis der Naturschutzverbände und vor allem der Kommunen, die ihre Stellungnahmen abstimmen und klarstellen sollten, daß die Vattenfall-Planung nicht genehmigungsfähig ist.

Dazu werden verschiedene Fachgutachten benötigt, über deren Finanzierung in den Kommunen nachgedacht werden sollte, denn allein durch Spenden an die BI werden sie nicht zu stemmen sein.

HARTMUT LINDNER



Brandenburgisches Viertel:

Schwächung des Schulstandortes

Eberswalde (wk). In seiner Rede auf der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 22. Oktober forderte Carsten Zinn, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. und Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels, die Abgeordneten auf, drei Beschlußvorlagen die Zustimmung zu verweigern. Es handelt sich um die Vorlagen – zur Ablehnung des Antrags zum Bürgerhaushalt »Verzicht auf den Abriß Schwärzeseeschule« – zum Verkauf des Schulgrundstücks an der Fritz-Weineck-Straße an den Landkreis – zur Investitionszuwendung an den Landkreis Barnim für den Schulstandort an der Fritz-Weineck-Straße

In seiner Begründung sagte er, daß »die drei Beschlußvorlagen in einem engen Zusammenhang (stehen). Hier geht es um die Umgestaltung der Eberswalder Schullandschaft.

Wenn es in der Presse heißt, hier gehe es 'um den Erhalt des Schulstandortes Finow', so darf dem getrost hinzugefügt werden, daß es zugleich um die Schwächung des Schulstandortes im Brandenburgischen Viertel geht.

Die mit der Schließung und dem Abriß der 'Albert-Einstein-Obersschule' begonnene Politik wird schonungslos fortgesetzt. Seitens der Stadt Eberswalde gab es leider keinerlei Versuche, den Landkreis zu bewegen, am Standort des OSZ im Brandenburgischen Viertel festzuhalten. Im Gegenteil. Seitens der Stadtverwaltung ist man froh, auf diese Weise die seit zwanzig Jahren unterfinanzierten Schulen in städtischer Hand nach und nach loszuwerden.

Die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Auswirkungen dieser verfehlten Strukturpolitik werden leider

nicht diskutiert – schon gar nicht im Zusammenhang.

Stattdessen sollten seitens der Stadtverwaltung Bemühungen in Gang gesetzt werden, die auf den Erhalt des Oberstufenzentrums am Standort im Brandenburgischen Viertel zielen.

Anstatt den Landkreis mittels Investitionszuschuß bei der Zerstörung der vorhandenen schulischen Infrastruktur in Eberswalde zu unterstützen, sollte sich die Stadt besser darum bemühen, daß die beim Wegfall des beabsichtigten OSZ-Neubaus an der Fritz-Weineck-Straße durch den Landkreis eingesparten Investitionsmittel, als Investitionszuschuß bei der Sanierung der Grundschule »Schwärzese« genutzt werden.«

Wortlaut der Rede: <http://www.dielinke-barnim.de/fileadmin/barnim/docs/StVW221009.pdf>

Abgelehnte Vorschläge

Eberswalde (bbp). Über die fünf beschlossenen Vorschläge gibt nebenstehender Artikel Auskunft. Bei den vier abgewiesenen Vorschlägen handelt es sich um folgende:

- Herrichtung Stadtpark in Finow und Errichtung des geplanten Spielplatzes in der Bahnhofstraße (Ablehnungsgründe: Fördermittelantrag für Spielplatzbau im Stadtpark wurde bestätigt, Bau soll 2010 erfolgen)
- Sanierung Gehwege Breite Straße zwischen Bahnübergang und Friedensbrücke (nicht finanzierbar, Kosten liegen bei 250.000 Euro)
- Straßenbeleuchtung Am Rosenberg/Clara-Zetkin-Weg (entspricht nicht den festgelegten Prioritäten, Kosten von 30.000 Euro würden Kürzungen an anderer Stelle erfordern, diese sind seitens der Verwaltung nicht vorgesehen)
- Verzicht auf den Abriss Schwärzeseeschule (Nachnutzung ist aufgrund des baulichen Zustandes wirtschaftlich nicht vertretbar und aufgrund anderer Angebote nicht notwendig).

Berichtigung:

Grunderwerbssteuer für WFGE

Die anfallende Grunderwerbssteuer nannte der Eberswalder Verwaltungsdezernent Belley Gatzlaff als einen der Hauptgründe, die vom Stadtverordneten Albrecht Triller vorgeschlagene Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eberswalde (WFGE) und deren Einverleibung in die Technischen Werke Eberswalde (TWE) abzulehnen. In dem Beitrag »Beteiligungsbericht wurde vorgestellt« (BBP 10/2009, Seite 6) hieß es dazu, daß »sich der wirtschaftliche Nachteil für die Gesellschaft für die Stadt als Vorteil darstellen« könne, »da es sich bei der Grunderwerbssteuer um eine Kommunalsteuer« handle. Diese Annahme war falsch. Richtig ist vielmehr, daß die Grunderwerbsteuer den Bundesländern zusteht und diese seit 2007 auch deren Höhe festlegen können (Wikipedia). Zwar können die Länder die Grunderwerbssteuer an die Kommunen weiterreichen, das Land Brandenburg hat aber von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Eine Übernahme der Grundstücke der WFGE durch die TWE hätte demnach tatsächliche finanzielle Nachteile infolge der Grunderwerbsteuer zur Folge.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Einladung zum Gedenken

Der Eberswalder Bürgermeister Friedrich Boginski und der Ökumenische Arbeitskreis Eberswalde laden für

Montag, 9. November 2009, um 18 Uhr

zum Gedenken der Opfer der schrecklichen Geschehnisse in der Pogromnacht 1938 unter der jüdischen Bevölkerung Eberswaldes an der **Gedenktafel für die Eberswalder Synagogengemeinde** an der Goethestraße ein.

Bürgerhaushalt 2010 kostet kein Geld

Man sollte meinen, daß der nunmehr dritte Anlauf zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes allmählich mit einem entsprechenden Qualitätszuwachs verbunden ist. Weit gefehlt. Vielmehr wird der Eindruck verstärkt, daß die Arbeit mit einem Bürgerhaushalt als Aushängeschild für Demokratie und Bürgernähe ge(miß)braucht wird.

Diskussionen zum Bürgerhaushalt gab es in der Stadtverordnetenversammlung nicht. Diese beschränkten sich auf die Ausschüsse. Kritik am Umgang mit dem Bürgerhaushalt und den Vorschlägen gab es nur vereinzelt. Auf Einzelmeinung muß man keine Rücksicht nehmen.

Als die Satzung über den Bürgerhaushalt im Frühjahr diskutiert und beschlossen worden war, gab es auch die Forderung, den Entwurf des Haushaltsplanes früher zu veröffentlichen, um mehr Zeit für die Beratung und Entscheidung der Vorschläge zu haben. Auch wurde angeregt, die geplanten Investitionen in Bürgerversammlungen vorzustellen und Alternativen zur Diskussion zu stellen. Solche Vorgehensweise fand bei den Stadtverordneten keine Mehrheit. Erst Mitte Juli lag der Entwurf des Investitionsplanes vor und bis 19. August Zeit gegeben, Vorschläge dazu einzureichen.

Von den der StVV zur Entscheidung vorgelegten neun Vorschlägen wurden nur fünf fristgerecht eingereicht wurden, vier davon aus dem Umfeld des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde (das die Arbeit mit dem Bürgerhaushalt initiiert hatte). Das konnte die Stadtverwaltung nicht befriedigen. Sie räumte nach Ablauf des Termins weitere 14 Tage Frist für Vorschläge ein. Als Begründung wurde angegeben, daß sich in diesem Jahr die Haushaltsdiskussion verschieben würde, was aber auch schon vor dem 19.8. hinreichend bekannt war. Die eingereichten Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushalts wurden zunächst durch die Stadtverwaltung gesichtet. Sie befand darüber, welche der Vorschläge überhaupt als solche zu werten sind. Die nach Meinung der Stadtverwaltung nicht als Bürgerhaushaltsvorschläge geltenden Vorschläge wurden der StVV nicht zur Entscheidung, sondern nur in einer Informationsvorlage vorgelegt. Diese Vorgehensweise steht mit der Satzung nicht in Übereinstimmung.

Insgesamt stellte die Stadtverwaltung neun Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes zur Abstimmung. Bei vieren wurde die Ablehnung empfohlen, fünf erhielten positive Bewertung, allerdings nur in dem Sinne, daß man die

Vorschläge prüfen wolle. Hier die Titel der nicht abgelehnten Vorlagen und die Entscheidung dazu:

Neue Straße und die Promenade in Nordend: Anregungen werden geprüft und gegebenenfalls berücksichtigt; **Regenrückhaltebecken Brandenburgisches Viertel:** Es erfolgt eine Kostenermittlung; **Bolzplatz Stadtmitte:** Die Verwaltung wird prüfen; **Räumlichkeit für eine Begegnungsstätte der Finower Bürger in Finow:** wird geprüft; **Bushaltestelle vor Kaufland Schönholzer Straße** (Überdachung und Sitzmöglichkeit): wird geprüft.

Zieht man das Fazit dieser Entscheidungen zum Bürgerhaushalt, so muß man feststellen, daß sich keiner der vorgenannten Titel im Investitionsplan 2010 wieder finden wird, wenn der Investitionsplan mit dem Haushalt 2010 im Dezember beschlossen wird. Die »Prüfungen« von Maßnahmen haben keine finanziellen Auswirkungen auf den Investitionsplan. Erst nach »Prüfung« wird darüber befunden, ob die Vorschläge angenommen werden, und das kann dauern. Möglicherweise fallen dann auch alle Vorschläge durch den Rost.

Ein solches Ergebnis war zu erwarten, denn schon in der Information über den Bürgerhaushalt machte die Stadt darauf aufmerksam: »Bitte beachten Sie, daß der Bürgerhaushalt nichts an der finanziellen Lage der Stadt ändert. Bitte auch an die Finanzierungsmöglichkeit zur gewünschten Investition denken!«

Das demokratische Mäntelchen Bürgerhaushalt wird die Stadt also im Jahre 2010 kein Geld kosten, aber das Image der Stadt stärken. Den Bürgerhaushalt mit Leben zu erfüllen, erfordert aber mehr, als Meinungsäußerungen zu fertigen Plänen der Stadt zu erlauben. Notwendig ist, auf die Bürger zuzugehen, sie durch Problemstellungen und Alternativangebote an der Mitwirkung zu interessieren, in Bürgerversammlungen mit ihnen zu reden und sie durch bereitwillige Aufnahme ihrer Vorschläge an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen. Der Imagegewinn bei der Bürgerschaft und der Gewinn für die Stadt würden es lohnen.

ALBRECHT TRILLER

Buntes Programm zum 64. Jahrestag der VS

Eberswalde (vs). Am 24. Oktober hatte die Volkssolidarität Barnim Jung und Alt zum Tag der offenen Tür in die Mauerstraße 17 (am Richterplatz) in Eberswalde eingeladen. Anlaß war das 64. Jubiläum der Gründung der Volkssolidarität. Das Haus am Richterplatz beherbergte früher die Station Junger Techniker. Heute haben hier betreutes Wohnen und Tagespflege der Volkssolidarität ihr Domizil. Ab 10 Uhr herrschte im Atrium des Hauses geschäftiges Treiben. Ein illustres Programm ließ

Langeweile nicht aufkommen: Die aus Finow begeisterten mit ihrer originellen »Märchenshow«, ein Trödelmarkt lockte mit reizvollem Tand, Rudio mischt auf mit jugendlichem Sound, ein Kindertanzpaar von Motor Eberswalde zeigte lateinamerikanische Showtänze, der Tanzkreis »Klub 23« aus Bernau demonstriert, daß Tanzlust kein Alter kennt, die Trommler der Tagesstätte legten sich mächtig ins Zeug. Die Cafeteria bot leckere Mittagsangebote und deckte nachmittags den Kuchentisch.

»Eberswalde muß sich endlich ins Zeug legen!«

Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zur 380-kV-Freileitung in Sicht

Der Sachstand zur geplanten 380-kV-Freileitung, die das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und wesentliche Ortsteile Eberswaldes (Finow-Ost, Kopernikusring, Brandenburgisches Viertel) durchschneiden wird, ist folgender: Die vom Betreiber Vattenfall eingereichten Antragsunterlagen liegen derzeit zur Prüfung beim Bergamt in Cottbus. Mit der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens wird im Januar kommenden Jahres zu rechnen sein.

Die Positionen der Kommunen zur 380-kV-Freileitung sind eindeutig. Es gibt klare Beschlüsse gegen den Bau, sowohl von der Stadtverordnetenversammlung Angermünde im Sommer 2008, vom Kreistag Barnim am 16.12.08 als auch von der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und der Gemeindevertretung Chorin am 18.12.08. Politische Beschlüsse sind schön und gut. Sie helfen sicherlich dabei, das Gewissen zu beruhigen, nicht vollkommen untätig gewesen zu sein. Doch wenn sie nicht mit Leben erfüllt werden, dann sollte man sich diese besser ersparen.

In dem MOZ-Artikel »*Ein neuer Blick auf die Freileitung*« vom 16.09.2008 kündigte Silke Leuschner vom Baudezernat an, daß ein Gutachter im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens die Eberswalder Betroffenheit untersuchen soll. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde teilte Bürgermeister Boginski zur Sachlage 380-kV-Freileitung sinngemäß mit, daß die Stadt Eberswalde die Sache Ernst nimmt und sich der Problematik auch weiterhin annehmen wird.

In der Tat hat die Stadt Eberswalde eine große Verantwortung hinsichtlich der Erhal-

altung der Gesundheit ihrer Bürger und zugleich ein nicht unwesentliches politisches Gewicht in kommunalen Planungsangelegenheiten. Auf den Fall »*Sondermüllverbrennungsanlage Theo Steil*« sei hingewiesen.

Um auf die Brisanz »*380-kV-Freileitung*« aufmerksam zu machen, habe ich zusammen mit der Bürgerinitiative »*Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat*« folgende 6 Fragen formuliert und diese auf der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde an Bürgermeister und Stadtverwaltung gerichtet:

1. Wir sind nun im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens. Steht die Stadtverwaltung zu ihrem Wort, einen Gutachter zu beauftragen?

2. Was hat das Baudezernat in der Zeit vom September 2008 (Bezugnahme auf genannten MOZ-Artikel) bis heute getan, um sich über die Gefahren und Risiken der Freileitung für die unmittelbaren Anwohner der geplanten Trasse (Kopernikusring und Brandenburgisches Viertel) objektiv zu informieren bzw. was hat es konkret in der Sache veranlasst?

3. Die Stadt Eberswalde ist Eigentümer oder Miteigentümer einer Wohnungsbaugesellschaft, der WHG, die durch die Errichtung der Trasse mit Wertminderung der Immobilienwerte rechnen muß. Welche Gutachten bezüglich drohender Wertminderung wurden hierzu eingeholt? Welche Schritte wurden unternommen, um den bevorstehenden Wertverlust zu vermeiden oder auszugleichen? Wie bewertet die Stadt die Zusagen von Vattenfall für Wertausgleichszahlungen?

4. Ist die Stadt bereit, in Kooperation mit anderen Ämtern (Schorfheide, Joachimsthal,

Britz-Chorin) und der Stadt Angermünde sich an der Beauftragung und Finanzierung eines Gutachtens über die nicht begründete Notwendigkeit und technische Alternativen zur geplanten Freileitung zu beteiligen?

5. Welchen Austausch über das Sachthema »*380-kV-Leitung*« gab es zwischenzeitlich zwischen der Stadt Eberswalde und den betroffenen Ämtern und Gemeinden bzw. zwischen Stadt und Landkreis? Zu welchen Ergebnissen/ggf. gemeinsamen Strategien hat dies geführt?

6. Die BI »*Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat*« strebt mit den Kommunen eine Kooperation an, um eine gemeinsame ablehnende Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren zu erzielen und eine gemeinsame Finanzierung verschiedener Gutachten zu erreichen. Welche Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Trägern kommunaler Belange und der BI wird die Stadt Eberswalde nutzen?

Mit Blick auf die von Vattenfall geplante 380-kV-Freileitung sollten nun von der Stadtverwaltung Eberswalde Anstrengungen unternommen werden, um sich auf das bevorstehende Planfeststellungsverfahren gründlich vorzubereiten. Denn mit Beginn des Verfahrens bleibt der Stadt nur ein Zeitraum von 6 Wochen, um eine qualifizierte Stellungnahme abzugeben, die die Interessen der Bürger ausreichend zur Geltung bringt. Fehler, die im Raumordnungsverfahren nicht zuletzt aus Unkenntnis begangen wurden, dürfen sich im Planfeststellungsverfahren nicht wiederholen.

Dr. ANDREAS STEINER,
StVV-Fraktion B'90/Grüne

B167-Trasse ist unnütz, belastend und teuer

Die Entscheidung zum Bau der sogenannten Ortsumgehungen soll gefallen sein. In einer Pressekonferenz hat Verkehrsminister Reinhold Dellmann den geladenen Bürgermeistern mitgeteilt, daß das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist. Die betroffenen Bürger erfahren es aus der Zeitung.

Das bedeutet, der Weg ist frei zum Bau einer unnützen überdimensionierten Schnellstraße, die einerseits durchaus viele Bürger entlasten wird, die aber andere Wohngebiete neu oder noch mehr belasten wird. Dieser Bau wird ca. 50 ha Wald, bedeutende Flora und Fauna, weitere 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche zerstören, ganz zu Schweigen von den nicht zu ermessenden Schadstoffbelastungen und den veranschlagten 40 bis 45 Millionen Euro für den Bau der Trasse.

Der Bau der neuen Trasse durch das Hammerthal beschert den Anwohnern der Berliner Straße, außer denen der Waldstadt, vielleicht weniger Durchgangsverkehr, aber wie in den vorliegenden Planungsunterlagen zu sehen, ist nicht gesichert, ob auch der Kurstadtstatus er-

halten wird. Denn genaue Zahlen zu Schadstoffemissionen/emissionen gibt es nicht.

Wird diese neue Straße wirklich von den Pendlern zwischen Bad Freienwalde und Eberswalde angenommen? Oder werden die sieben Mehrkilometer pro einfache Fahrt nicht viele abschrecken? Denn die angenommene eingesparte Fahrzeit wird durch die Länge der Strecke mindestens wieder aufgehoben. Ein Beispiel dafür ist die Umgehung von Seelow. Hier sorgen die Mehrkilometer dafür, daß die alte Strecke genommen wird.

Erstaunt hat uns die Aussage des Freienwalder Bürgermeisters, Herrn Lehmann, der erfreut ist über die Berücksichtigung der Wohnbebauung und des Waldes in dem Verfahren. Die Bürgerinitiative, der Verein die NaturFreunde und betroffene Anwohner sind gespannt auf die Informationen, die uns der Bürgermeister hierzu offerieren wird.

PETRA THIELE, Bürgerinitiative
»Keine Schnellstraße durch das Hammerthal«
BERND MÜLLER,
NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V.

Schülerinnen-Initiative

Bernau (bm). Der Vor-Ort-Termin an einem verregneten Donnerstag auf dem Schulhof der 3. Grundschule Bernau kam auf etwas ungewöhnliche Art zustande. Zwei Schülerinnen der 6. Klasse, Lea und Belinda, hatten die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann eingeladen, den Schulhof zu besichtigen. Gemeinsam mit Vizebürgermeister Eckhard Illge, Schulamtsleiterin Marina Timmermann, Lutz Kupitz (Bürgermeisterkandidat der LINKEN) sowie Christine Poppitz (Sozialausschußvorsitzende) hörte sie die Sorgen der Schülerinnen und ihrer Lehrerin Frau Hertel. Mit dem Bau der neuen Plansche gleich nebenan ist eine Neugestaltung des Schulhofes erforderlich. Berücksichtigt werden sollte eine räumliche Trennung von Hort und Schule. Für Ballspiele wird ein Ballnetz benötigt, einen ausgesprochenen Spielplatz für die Hortkinder gibt es nicht. Wie der Schulhof aussehen könnte, haben die Mädels bereits aufgemalt. Es wurde vereinbart, daß die Vorschläge dem Stadtplaner vorgelegt werden und der Gestaltungsentwurf mit Lehrern und Schülern besprochen wird.

Grundsätze wirtschaftlicher Vernunft verlassen

Mit ihrer Zustimmung zum Verkauf des Schulgrundstückes in Finow und für eine Investitionszuwendung an den Landkreis haben die Stadtverordneten mehrheitlich die Grundsätze der wirtschaftlichen Vernunft verlassen. Sie verschenkten städtisches Vermögen in einer Situation großer eigener haushalterischer Unsicherheit. Ein solcher Umgang mit dem Geld der Bürger ist vor den Wählern nicht verantwortbar.

Hintergrund dieser Entscheidungen ist die Absicht des Landkreises, auf dem Grundstück der ehemaligen und inzwischen abgerissenen Schule an der Fritz-Weineck-Straße in Finow das Gymnasium zu erweitern. Das Grundstück aber gehörte der Stadt. Für den Verkauf des Grundstücks hatte die Stadt ein Wertgutachten erstellen lassen, das einen Wert von 155.000 Euro auswies. Der Kaufpreis sollte dann als Investitionszuwendung an den Landkreis gezahlt werden.

In der StVV am 22.10. führte ich dazu aus:

1. Der Verkaufspreis der Fläche von rund 5 Euro/m² liegt weit unter dem im freien Verkauf möglichen Preis. Die Preisbildung mit Unterstellung des Nutzungszweckes Schulgrundstück zielt bewußt auf einen vorteilhaften (niedrigen) Preis für den Käufer Landkreis Barnim ab. Nachdem die nicht mehr benötigte Schule auf Kosten der Stadt abgerissen wurde, war eine Umwidmung der Fläche möglich. Für andere ehemalige Schulflächen (Biesenthaler Str.) hat die Stadt für den Bau von Eigenheimen 40 Euro/m² und für sonstige Nutzungen 20 Euro/m² verlangt und erzielt. Zumindest für Teilflächen wären vergleichbare Preise ebenso zu erzielen gewesen. Stattdessen verbleiben der Stadt bei Verkauf und Zuwendung nicht einmal die Abrißkosten für die Schule, die sich allein auf 80.000 Euro belaufen.

2. Die Bewertung und der Verkauf der aufstehenden Turnhalle erfolgte mit lediglich 1 Euro. Auch unter Beachtung eines Reparaturstaus und baulicher Mängel ist das Gebäude deutlich unterbewertet. Auch hier war die Vorgabe für die Bewertung ein käuferfreundlicher Gesamtpreis für das Grundstück. Schon bei

Abgabe der weiterführenden Schulen der Stadt an den Landkreis wurden diese kostenlos, weil angeblich nicht werthaltig, übergeben, oder auf Kosten der Stadt abgerissen (Abrißkosten Einsteinschule 75.000 Euro). Der für 2012 ins Auge gefasste Abriss der Schwärzeseeschule wird 95.000 Euro kosten.

3. Da die Stadt den Verkaufserlös für das Grundstück als Investitionszuwendung an den Landkreis zahlt, ist der Kaufpreis von 155.000 Euro für die Stadt ergebnisneutral. Bei einem durchaus realistischen Kaufpreis von ca. 1 Mio Euro wäre jedoch die Berechtigung einer Zuwendung an den Landkreis in gleicher Größenordnung stärker in Zweifel gezogen und möglicherweise versagt worden.

4. Die Gewährung einer Investitionszuwendung der Stadt an den Landkreis ist ohnehin ein Novum und bedürfte schon deshalb einer besonderen Prüfung. Unter Beachtung der Punkte 1 bis 3 ist von einem realistischen Grundstückswert und damit von einer Höhe der Investitionszuwendung von rund 1 Mio Euro auszugehen. Vor dem Hintergrund, daß die Stadt mit größten Schwierigkeiten beim Haushaltsausgleich der nächsten Jahre rechnen muß, ist eine freiwillige Investitionszuwendung an den Landkreis durch Nichts zu rechtfertigen. Beim Ausbau des Gymnasiums Finow, der durch die Investitionszuwendung gefördert werden soll, handelt es sich um eine Aufgabe in kreislicher Trägerschaft. Solche Aufgaben finanziert der Landkreis aus seinen eigenen Finanzierungsquellen und aus der Kreisumlage, die auch die Stadt Eberswalde entrichtet.

5. Die Argumentation, die Investitionszuwendung sei erforderlich, damit es sich der Landkreis nicht noch anders überlegt und mit dem Finower Gymnasium in eine andere Barnimer Stadt geht, bedeutet, sich den good will des Landkreises, sprich des Kreistages, durch die Investitionszuwendung zu erkaufen, obwohl die Stadt dieses Geld dringend selbst braucht. Es handelt sich folglich um einen Deal, in dem die Erwartungen des Stärkeren einerseits mit Unterwürfigkeit des Schwächeren andererseits gepaart sind.

6. Die im Hauptausschuß geäußerte Auffassung, daß die Bildungspolitik des Landkreises die volle Unterstützung der Stadt – auch mit einer Investitionszuwendung – verdient, wirft die Frage auf, ob der Landkreis die richtige Schulpolitik macht. Dies gilt für die Entwicklung des Gymnasiums Finow nur mit Einschränkung, denn der Ausbau dieses Standortes geht zu Lasten des Brandenburgischen Viertels. Die Konzentration von Schulen in zwei großen Schul»kombinaten« im Zentrum und in Westend mit ihren Negativwirkungen der hohen Klassenstärken, der weiten Schulwege und der Verödung der Stadtteile verdient nicht honoriert zu werden.

7. Zu beachten wäre auch, daß mit dem Verkauf der im Zentrum von Finow gelegenen Fläche Entwicklungspotentiale für das Ortsteilzentrum von Finow verloren gehen. Die wiederholt angemahnte Erarbeitung einer Entwicklungskonzeption für das Ortsteilzentrum Finow läßt weiter auf sich warten, wäre aber eine Voraussetzung für die Entscheidung über den Flächenverkauf gewesen.

Auch in Kenntnis dieser Argumente waren die Stadtverordneten nicht dazu zu bewegen, für den Grundstücksverkauf wenigstens einen angemessenen Preis zu fordern und die Investitionszuwendung an den Landkreis abzulehnen. In den nächsten Wochen beginnen die Diskussionen um den Haushalt der Stadt für das Jahr 2010, der im Dezember beschlossen werden soll. Man darf gespannt sein, ob die Stadtverwaltung einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegt und wo der Rotstift angesetzt wird. Noch spannender werden die Vorschläge der Fraktionen sein, die, bis auf die Fraktion der Fraktionslosen, dem Verkauf und der Investitionszuwendung zugestimmt haben.

ALBRECHT TRILLER

Anmerkung der Redaktion: Bei der namentlichen Abstimmung votierten 4 Stadtverordnete mit Nein: Albrecht Triller, Dr. Günther Spangenberg (beide Fraktion der Fraktionslosen), Dr. Andreas Steiner (Bündnis 90/Grüne) und Carsten Zinn (DIE LINKE). Ronny Hartmann (FDP/Bürgerfraktion Barnim) enthielt sich der Stimme, 26 Stadtverordnete stimmten mit Ja, 6 Abgeordnete nahmen nicht teil.

In ihrem Leserbrief an die lokale Tageszeitung (*»Friedliche Lösung erstrebenswert«*, MOZ, 20.10.2009) nennt Susan Dietze wichtige Fakten zur Skateranlage im Brandenburgischen Viertel: Es entstand eine schöne Anlage, in der Jugendliche sinnvoll ihre Freizeit gestalten können. Sie erwähnt auch, daß es alternative Standorte reichlich gegeben hätte.

Ihre Polemik gegen die Aktivitäten des Ortsvorstehers des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn läuft allerdings ins Leere. Herr Zinn greift lediglich die berechtigten Nöte und Sorgen der Anwohner auf. Dabei handelt es sich nicht um eine Provokation gegenüber den Jugendlichen. Provoziert fühlen sich – nicht ohne Grund – die verantwortlichen Vertreter

Polemik läuft ins Leere

der Stadtverwaltung. Denn der Konflikt um die Skateranlage geht offensichtlich auf einen Planungsfehler zurück. Getrieben vom guten Willen, etwas Schönes und Sinnvolles im Brandenburgischen Viertel zu schaffen, und gehetzt vom Termindruck möglicherweise verfallender Fördergelder, wurden mit dem Bau der Skateranlage am Club Am Wald Tatsachen geschaffen, ohne die möglichen Auswirkungen auf die in der Nachbarschaft lebenden Menschen gründlich zu untersuchen. Frau Dietze hat recht. Nun ist der Konflikt da, und es muß eine Lösung gefunden werden, welche die Interes-

sen aller Seiten berücksichtigt. Wie aus den bisherigen Veröffentlichungen zu diesem Thema hervorgeht, strebt Ortsvorsteher Zinn gerade eine solche Lösung an. Wer hingegen von einem »Generationenkonflikt« spricht, wirft nur Nebelgranaten. In der Verantwortung für eine einvernehmliche Lösung steht vor allem die Stadtverwaltung, deren Vertreter, bei allem Bemühen um Besserungen, leider wie in alten Zeiten jegliche »Fehlerdiskussion« vom Tisch wischen. Obwohl es doch gerade die Fehler sind, aus denen wir lernen können.

NORBERT THIELE

Und es gibt sie immer noch

Montagsdemos gegen Hartz IV und Agenda 2010

Im Juli jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem die Montagsdemos gegen Hartz IV und Agenda 2010 in Magdeburg begannen. Von dort breiteten sie sich wie ein Lauffeuer in ganz Deutschland aus und brachten zum Anfang montags 250.000 Demonstranten auf die Straße.

In Eberswalde fanden sich am 23. August 2004 ca. 1.200 Menschen auf dem Marktplatz ein, um gegen den Sozialabbau zu demonstrieren. In vielen Orten, in denen 2004 Montagsdemos stattfanden, finden heute keine regelmäßigen Aktionen mehr statt. Die Bereitschaft der Betroffe-



nen, auf die Straße zu gehen, ist in Hoffungslosigkeit und Politikverdrossenheit umgeschlagen. Aber der Kern der Organisatoren ist fast überall noch aktiv. Meist hat sich das Tätigkeitsgebiet verbreitert, sind die Akteure kommunalpolitisch wirksam geworden.

Die Streiter gegen den Sozialabbau haben sich örtlich in Vereinen, Initiativen und Bündnissen fest organisiert. Auch auf Bundesebene gibt es Strukturen, die um Koordination der örtlichen Aktivitäten bemüht sind. Die Organisation bundesweiter Montagsdemos ist eines der Ziele. Am 24. Oktober fand nun eine weitere, die sechste Bundesweite Montagsdemo in Berlin statt. Diese Demo war nicht nur die Fortsetzung der Montagsdembewegung sondern auch ein Warnschuß für die neue Bundesregierung: »Noch nicht im Amt – Schon steht die erste Demo vor der Tür«.

»Die neue Regierung wird versuchen, auf vielfache Weise die horrende Staatsverschuldung auf Kosten der Masse der Menschen in diesem Land zu sanieren. 1,4 Millionen Kurzarbeiter sind von Entlassungen bedroht. Wir ordnen uns nicht der Logik unter, daß die Erwerbstätigen und Arbeitslo-

sen die Zeche für die Weltwirtschaftskrise bezahlen sollen«, so Fred Schirmacher von der Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung.

Die Koalitionäre der neuen Bundesregierung erwecken den Anschein, als wollten sie Hartz IV korrigieren. Aber dies ist wohl eher der Versuch der Rosstäuscherei und der Beruhigung, als ernsthafter Wille. Auch wenn der bisherige Kampf wenig sichtbare Ergebnisse gezeitigt hat, so muß dieser unvermindert fortgesetzt werden. Sicher wäre ohne die außerparlamentarische Bewegung und den zähen Kampf der Montagsdemonstranten auch die aktuelle Überprüfung der Hartz IV-Regelsätze durch das Bundesverfassungsgericht nicht beschlossen worden.

Zu der Demonstration hatten Vertreter aus 46 deutschen Städten aufgerufen. Entsprechend bunt war die Zusammensetzung der im Vergleich zum Vorjahr zahlreicheren Demo-Teilnehmer, unter ihnen auch einige Eberswalder in einem Block der Sozialen Bewegung Land Brandenburg.

UTE FREY

Umschuldung beschlossen

Eberswalde (bbp). Ende 2008 hatte Eberswalde Schulden in Höhe von etwas mehr als 13 Mio Euro. Dem standen laut Jahresrechnung 2008 Rücklagen in Höhe von 11,2 Mio Euro gegenüber. Die Schulden verursachten rund 617.000 Euro Zinszahlungen an die Banken. Das entspricht einem mittleren Zinssatz von 4,7 %. Die 2007 abgeschlossenen Zinsaustauschgeschäfte (Doppel-Swap) sollten die jährlichen Zinskosten laut den Angaben im Haushaltsplan für 2008 in den Jahren 2007 und 2008 um jeweils 25.600 Euro senken. Tatsächlich brachten die Zinsderivate im Jahr 2007 aber nur einen Vorteil von 7.269,45 Euro ein. Im Haus-

haltsplan für 2009 wurden dann keine Einnahmen aus den Zinsderivaten mehr ausgewiesen.

Am 31. Oktober endet bei zwei Darlehen bei der Norddeutschen Landesbank mit knapp 4 Mio Euro die Zinsbindung. Eine Ablösung der Kredite aus Mitteln der Rücklage ist nicht möglich. Denn für beide Darlehen sind Zinsaustauschgeschäfte abgeschlossen worden, die noch weiterlaufen. Daher müsse der auslaufende Grundkredit zu den Bedingungen des noch bestehenden Swap-Geschäftes bei der Hypo-Vereinsbank umgeschuldet werden, heißt es in einer Vorlage, über welche die Stadtverordneten am 22. Oktober beschlossen.

Aufruf zum Widerstand

Ich bin parteilos und lebe in der Uckermark. Unser Verein »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.«, die Redaktion der bundesweiten Online-Zeitung »Artikel Eins«, unser »Bürgerforum BgS« und die »Soziale Bewegung Land Brandenburg« begrüßen alle Mitstreiter. Wir lassen uns auch in Zukunft nicht den Mund verbieten, denn »Widerstand braucht das Land«.

CDU-Mittelstandschef Josef Schlarmann meint, die Sanktionen für faule Arbeitslose müssen verschärft werden. Er meint, ein Drittel der Arbeitslosen habe sowieso keine Lust zu arbeiten, die meisten Arbeitslosen hätten sich sowieso damit abgefunden und leben gut, und wer schwarz arbeite, lebe sogar sehr gut.

Die FDP ist noch viel besser und jetzt wollen sie einen Orden von uns haben. Denn sie wollen das Schonvermögen erhöhen. Nun frage ich Euch, was nützt uns ein erhöhter Sparfreibetrag, wenn wir schon so gerade ums Überleben kämpfen müssen. Aber die FDP will noch mehr tolle Sachen machen. Sie wollen ein Bürgergeld einführen. Für jede Einzelperson soll es dann 662 Euro im Monat geben. Dafür fallen aber alle anderen Leistungen weg, wie Unterkunftskosten, Betriebskosten usw. Außerdem muß sich jeder selbst kranken- und rentenversichern. Damit entfielen auch alle Widersprüche oder Klagen wegen Hartz IV.

Durch die Einführung des Bürgergeldes wird der Druck zum Arbeitszwang drastisch erhöht. Somit ist der offene Sklavenhandel eröffnet, Arbeitslose sind dann nur noch Freiwild in der Gesellschaft. Die Auswirkungen des geplanten Bürgergeldes werden katastrophal werden.

Auch das Bundessozialgericht hat weitere Einschränkungen für Arbeitslose eingeführt. Der Hartz IV-Empfänger kann auch ohne Eingliederungsvereinbarung für ein Praktikum, eine Trainingsmaßnahme usw. verpflichtet werden. Das entschied der vierte Senat des Bundessozialgerichts am 22. September 2009.

In der Uckermark kämpfen wir gerade für freie Landratswahlen. Die SPD, CDU und FDP haben den Beschluß für eine Direktwahl zurückgenommen, um den SPD-Kandidaten zu wählen. Der amtierende Landrat war aus der SPD ausgetreten und kandidiert als parteiloser Kandidat. Diesen Kandidaten wollen SPD, CDU und FDP auf keinen Fall zulassen. Auf diese Art versuchen die Politiker uns einen Maulkorb zu verpassen. Aber jetzt ergriff eine Bürgerinitiative das Wort und rief zu einem Bürgerbegehren für freie Landratswahlen auf.

Wir haben jetzt einen Überwachungsstaat wie ihn Deutschland noch nie erlebt hat, dagegen war die Stasi ein Baby. Wir werden beobachtet, bespitzelt und ausspioniert, ja warum wohl? Der Lauscher in der oder Telefonleitung oder im Internet hört seine eigene Schande. Laßt uns gemeinsam für unsere Menschenwürde, unsere Freiheit und gegen den Sklavenhandel und die Bespitzelung kämpfen.

BIRGIT KÜHR, Rede auf der Abschlußkundgebung der Bundesweiten Montagsdemo am 24.10.

Gedenkstele enthüllt



Eberswalde (prest-ew/bbp). Am Vormittag des 9. Oktober übergaben der Bürgermeister der Stadt Eberswalde Friedhelm Boginski und Vertreter des Jugend- und Kulturvereins Exil e.V. an den Baracken des ehemaligen Außenlagers Eisenspaltrei des Frauen-Konzentrationslagers

Ravensbrück ein Denkmal der Öffentlichkeit, mit dem die Stadt Eberswalde an das unermessliche Leid erinnert, das den hierher verschleppten Frauen zugefügt wurde. Drei von ihnen, Janina Wyrzykowska, Waclawa Galezowska und Marianna Bogusz waren bei der Enthüllung der Stele dabei. Die drei polnischen Frauen waren zur Zwangsarbeit nach Eberswalde verschleppt worden und mußten in den Jahren 1944 und 1945 unter unmenschlichen Bedingungen in den Ardel-Werken Waffen und Munition für den faschistischen Krieg herstellen. Bei einem Besuch im EXIL im vergangenen Sommer hatten sie das Versprechen erhalten, daß der Ort ihres Leidens und des Leidens von vielen hunderten Frauen eine öffentliche Würdigung erfahren wird.

Janina Wyrzykowska, Waclawa Galezowska und Marianna Bogusz besuchten auf Einladung des Jugend- und Kulturvereins Exil e.V. vom 8. bis zum 10. Oktober Eberswalde. Gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Eberswalde und dem Museum in der Adler-Apotheke entstand ein Programm, bei dem das gegenseitige Kennenlernen, Gespräche und ein Miteinander, im Mittelpunkt standen.

Eckhard Herrmann hat das Denkmal und die Firma Metallbau Glawion die dazugehörige Gedenktafel gefertigt. Beides weist im Eingangsbereich der Jugendeinrichtung Exil darauf hin, daß die beiden Baracken einstmals zum Eberswalder KZ-Außenlager gehörten. Die anderen KZ-Baracken waren 1999 abgerissen worden. Dort, den Blick auf den Familiengarten dominierend, befinden sich heute die Verkaufshallen eines Getränkehandlers und eines Lebensmitteldiscounters sowie Brachflächen, die manchmal als Zirkusplatz oder bei Veranstaltungen als Parkplatz genutzt werden.

Der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. setzt sich seit langem mit der Geschichte des von ihm genutzten Ortes auseinander. So gab es in der Vergangenheit mehrere Ausstellungen zur Geschichte des nationalsozialistischen Terrors und zu Flucht und Vertreibung während des 2. Weltkrieges zu sehen, es wurden Schulprojekte begleitet und Aktivitäten Jugendlicher unterstützt, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen.

»Dann kam das Entsetzen«

Offener Brief des GWI an die Eberswalder Stadtverordneten und den EXIL e.V.

»Nach der feierlichen Übergabe der Stele«, teilte der Vorsitzende des Geschichtswissenschaftlichen Instituts Eberswalde e.V. Holger Kliche mit, »gab es eine Zusammenkunft unserer Mitglieder, die eine Auswertung bzw. Einschätzung gaben. Nachfolgender Schriftsatz geht als öffentlicher Brief an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und den Verein 'Exil'. Anlaß waren Mitteilungen und Gedanken von Hinterbliebenen, deren Mütter in diesem KZ-Außenlager gefangen gehalten wurden. Wir wollen damit niemand bevormunden, sondern verbessern.«

Am 9.10.2009 wurde die Stele zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter während des Hitlerfaschismus im Raum Eberswalde eingeweiht. Wir freuen uns über dieses gelungene Denkmal, welches durch den Künstler Hermann zur Erinnerung geschaffen wurde. Wir waren sehr erfreut, daß zu dieser Einweihung drei ehemalige Zwangsarbeiterinnen zu Gast waren, zu denen wir schon viele Jahre engen Kontakt haben. Mit der anschließenden Besichtigung der Räumlichkeiten der denkmalgeschützten Baracken kam das Entsetzen: Der Platz wirkte aufgeräumt, sauber und gefegt. Aber es fehlte etwas – die unter Denkmalschutz gestellte Sanitär- und Wascheinrichtung. [Eine falsche Beobachtung, die Gebäude stehen noch – d. Red.]

Die nördlich gelegene Baracke, war 1999 dem Anliegen der Erinnerung und dem Gedenken nach entsprechend von dem Verein Forschungs- und Gedenkstätte eingerichtet. Im Saal war die Möglichkeit gegeben, Konferenzen durchzuführen, Schulklassen einzuladen und eine ständige Ausstellung zu beherbergen. Die Vorrichtungen dafür waren bereits durch die Vereine FuG und Barnimer Bürgerpost mit großem Aufwand und persönlichen Einsatz installiert. Dazu wurden WC-Toiletten, eine Kücheneinrichtung, eine zentrale Heizung eingebaut. Es bestanden zwei Büroräume mit entsprechender Ausstattung.

Wo ist das geblieben? Uns wurde auch die zweite Baracke gezeigt, die als Kulturbaracke genutzt wird. Der Gestank war so groß, daß wir Nase zuhaltend das Freie suchten. Uns wurde eine Kultureinrichtung der Stadt Eberswalde vorgeführt, in der leere und zum Teil schmutzige Räume gezeigt wurden.

Mitglieder des Geschichtswissenschaftlichen Institutes Eberswalde machten sich Gedanken: 1. Ist der Standort der Stele der richtige Ort? Eigentlich sollte die Stele in der Nähe des Lagereingangs des ehemaligen KZ-Außenlagers von Ravensbrück stehen. Ein Standort der Stele an der Heegermühler Str., Einmündung der Stele an der Heegermühler Str., Einmündung »Am Bahnhof Eisenspaltrei« wäre Hinweis und

Blickfang für Besucher und Vorbeifahrende.

2. Eine Veränderung des Textinhaltes und Mehrsprachigkeit wären angebracht: ein Bezug der Rüstungsproduktion der Ardelwerke. Zu überlegen wäre auch das wörtliche Einbeziehen des zweiten KZ-Außenlagers in Finow.

3. Wir bieten dem Exil eine Projektmitarbeit an: gemeinsam laden wir für April/Mai 2010 die ehemaligen Häftlingsfrauen aus Warschau für 6 Tage nach Eberswalde ein, jeweils drei Tage Programmbetreuung durch Exil und GWI. Erreicht werden soll eine weitere Forschungsarbeit unter Einbeziehung von Schülern und Jugendlichen. Zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt könnten die Forschungsergebnisse in einer gemeinsamen Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert werden.

4. An den Gebäuden müßte der Denkmalschutz durch das Zeichen auch ersichtlich sein.

5. Die Ardelwerke Eberswalde sollten in die Projektarbeiten mit einbezogen werden.

Exil schreibt auf seiner Home-Page: »Wir werden in der Ausstellungsbaracke auch andere themenbezogene Ausstellungen und Theaterstücke zeigen, sowie Buchlesungen veranstalten. Zu diesem Zweck sind die Ausstellungsgegenstände so konzipiert, daß sie mühelos demontierbar und wieder aufbaubar sind und somit auch in anderen Städten Brandenburgs gezeigt werden können. Mit diesen zusätzlichen Veranstaltungen möchten wir erreichen, daß das gesamte Objekt zu einem Ort der Mahnung, aber auch zu einem Ort der Begegnung und des Austauschs wird.«

(www.exil-eberswalde.de)

Nach 12jähriger Anlaufzeit war aber an diesem Tag von einer Ausstellung selbst im Ansatz nichts zu sehen.

Die unterstützenden Vereine und Institute (Institut für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V., EXIL e.V., die Ausstellungsinitiative) und auch wir als GWI vergeben im Kampf gegen »Rechts« (Neofaschismus) eine große Chance.

Die Mitglieder des GWI Eberswalde e.V.

Eberswalde auf Messen unterwegs

Berlin (prest-ew). Am 10. Oktober fand im Berliner Ostbahnhof der 26. Brandenburgische Reisemarkt statt. Am Messestand 24 präsentierte sich diesmal die Stadt Eberswalde gemeinsam mit der KAG Region Finowkanal, um insbesondere die Berliner auf Interessantes in unserer Region aufmerksam zu machen. Im November 2009 steht ein weiterer Messeter-

min in der Landeshauptstadt Potsdam an. Am 14. und 15.11. wird sich die Stadt Eberswalde erstmalig auf der Potsdamer Reisemesse in der Metropolis Halle vorstellen und um Besucher für die Region werben. Partner am gemeinsamen Messestand sind dort die Tourismusgemeinschaft Barnimer Land e.V. sowie die Stadt Bernau.

Eine offene Antwort:

»Sie denken uns in alter Tradition«

Lieber Holger Kliche, liebe Mitglieder des Geschichtswissenschaftlichen Instituts Eberswalde e.V., als Antwort auf Ihren offenen Brief möchten wir Ihnen ganz offen entgegen, daß Ihre Behauptungen und Schmähungen dazu führen, daß wir immer weniger mit Ihnen zu tun haben wollen, also diese das Gegenteil von dem bewirken, was Sie mit Ihrem Zusammenarbeitsangebot am Schluß Ihres Briefes verkünden. Wir glauben, das war Ihnen beim Verfassen des Briefs auch bewußt.

Ob wir uns die Fortsetzung Ihres staatsbürgerkundlichen Unterrichts 20 Jahre nach dem Fall des »antifaschistischen Schutzwalls«, der uns nur vor Freiheit, Demokratie und zumindest einigen Chancen auf ein besseres Leben bewahrt hat, antun wollen, wäre eine weitere Frage. Punkrocker/innen wie wir wurden, und von dieser Ideologie können Sie sich nicht trennen, von Ihrer DDR als »negativ dekadent« verfolgt und zum Teil eingesperrt. Sie denken uns in dieser Tradition mit Gestank und Schmutz zusammen.

Der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. ist seit Juni vergangenen Jahres Eigentümer der beiden Baracken an der Eisenspalterei, mithin haben die ungeklärten Eigentumsverhältnisse bis zu diesem Zeitpunkt Investitionen erschwert. Notwendige Maßnahmen waren aber zum Teil mit Hilfe des Jugendamtes des Landkreises Barnim möglich. So wurde bereits Ende der 90er Jahre durch den Verein Barnimer Bürgerpost e.V. in eine Baracke eine Heizung eingebaut. Nach der Übernahme durch den Exil e.V. entsorgten wir große Mengen zurückgebliebenen Mülls zusammen mit drei Asbestgebäuden aus der DDR. 2004 konnten wir mit Hilfe einer EU-Förderung damit beginnen, die Nut-

zung baurechtlich zu legalisieren. 2005 schlossen wir die Gebäude an die öffentliche Trinkwasserversorgung an, installierten eine Abwassergrube und richteten seitdem die Sanitäräume her.

Für die Erstellung einer Ausstellung zur Geschichte des KZ-Außenlagers Ravensbrück an der Eisenspalterei und die notwendige bauliche Sanierung der für die Beherbergung einer Ausstellung vorgesehenen Baracke im Jahr 2010 beteiligen wir uns aktuell an den Ausschreibungen »Förderprogramm Zeitgeschichte« und »Investives Förderprogramm Zeitgeschichte« des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Mit Hilfe der Präsentation vieler Wanderausstellungen und der Zusammenarbeit mit Engagierten in Brandenburg, Berlin und Polen haben wir uns dazu die notwendigen Grundlagen erarbeitet. Wir haben das auf unserer Webseite www.exil-eberswalde.de aktuell zusammengestellt.

Zu Ihrem Versagen hinsichtlich der von Ihnen vorgesehenen oder durchgeführten Maßnahmen für eine Ausstellung und die Nutzung der Baracken an der Eisenspalterei usw. müssen Sie sich selbst Rechenschaft legen. Sie können die Schuld aber auch bei anderen suchen.

Zu Ihren Anmerkungen zur Stele. Das Denkmal, eine Gemeinschaftsproduktion von Eckhard Herrmann, der Stadt Eberswalde und dem Exil e.V., kennzeichnet den überbliebenen authentischen Ort und steht somit nicht irgendwo in der Gegend herum. Gedenken und weitergehende Informationen sind voneinander getrennt. Die Form der weitergehenden Informationen ist noch offen und ist mit der entstehenden Ausstellung zu konzipieren.

Jugend- und Kulturverein Exil e.V.



Der Platz vor den KZ-Baracken wirkt aufgeräumt, sauber und gefegt – auch zwei Wochen nach der Steleneinweihung. Nach der Klärung der Eigentumsverhältnisse kann nun daran gegangen werden, die Baracken zu einem Ort der Mahnung, der Begegnung und des Austauschs zu machen.

DGB Region Ostbrandenburg:

Neu aufgestellt

Frankfurt/O. (dgb). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Region Ostbrandenburg, Olaf Himmel, ist am Sonnabend in diesem Amt bestätigt worden. Er erhielt bei der Delegiertenversammlung 40 der 48 Stimmen (83,3 %). Die Vertreter von acht Gewerkschaften aus den Landkreisen UM, BAR, MOL und LOS und der Stadt Frankfurt, bestätigten auch die Neubesetzung des Vorstand. Zugleich stimmten sie für mehrere Anträge, die die Gewerkschaftsarbeit in der Region stabilisieren sollen.

Der heute 58-Jährige ist seit 1. Mai 1995 Regionsvorsitzender des DGB, dessen Einzelgewerkschaften in der Region rund 53 000 Mitglieder zählen. Das Grußwort des DGB Bezirks hielt die Stellvertretende Vorsitzende Doro Zinke, die vor allem auf die landespolitischen Themen einging.

Die Delegierten nahmen den Geschäftsbericht 2005 - 2009 entgegen und sprachen in einer sehr engagierten Aussprache zum Bericht, neben der Mitgliederentwicklung und der Arbeit mit den Personengruppen (Jugend, Senioren und Frauen) auch über die Arbeit gegen Rechtsextremismus, die Erwartungen an Landes- und Bundesregierung sowie die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Einen breiten Rahmen nahm auch die Diskussion um Solidarität ein. Der Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Dieter Scholz sprach unter anderem auch über das Binnenverhältnis der Gewerkschaften.

Die Delegierten und Gäste verließen die Delegiertenversammlung mit einer Reihe Anregungen für die nächsten Jahre und nahmen besonders einen Satz des DGB Bezirksvorsitzenden mit in Ihre Gliederungen: »Es muß von unten wachsen was oben gelebt werden soll«.

Berichtigung:

Besuch aus Rostow

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Kreisorganisation der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft beschäftigt sich seit dreieinhalb Jahren intensiv mit der Erforschung der genauen Zusammenhänge des Flugzeugunglücks in Westberlin vom 6. April 1966, bei dem die beiden sowjetischen Piloten vom Finow Flugplatz Boris Kapustin und Juri Janow ums Leben kamen.

Im nächsten Jahr plant die Freundschaftsgesellschaft in diesem Zusammenhang in Eberswalde ein Freundschaftstreffen mit Galina Kapustina, der Witwe von Boris Kapustin. Wie der Kreisvorsitzende Waldemar Hickel nach Veröffentlichung der Meldung in der BBP 10/2009 informierte, soll dieses Treffen jedoch nicht im Juni, sondern bereits im April 2010, im Zusammenhang mit dem 44. Jahrestags des Flugzeugunglücks stattfinden.

Schon im Altertum wurde erörtert: Ein Stein ist noch kein Haufen. Zwei Steine auch nicht. Auch nicht drei, vier, zehn Steine. Wo fängt der Haufen an? Das ist erstmal nur eine Frage der Bezeichnung. Doch sie wird ganz ernst, wenn sie weitergedacht wird: Hundert Häuser sind noch keine Stadt. Nun werden es immer mehr Häuser. Wann fängt die Stadt an? Die Stadt ist ja eine neue Qualität im Vergleich zur bloßen Ansammlung von Häusern.

Vor dem Hintergrund solcher Fragen entfalten sich Begriffe wie »Quantum und Quale«, »Quantität und Qualität«. Der große Philosoph G. W. F. Hegel (1770 - 1831) entwickelte die Theorie ihrer Verflechtung, zunächst in der Entwicklung der menschlichen Erkenntnis, verbunden mit Anregungen, diese Verflechtung auch in der Natur und in der Gesellschaft zu verstehen. Später wurde von kleinen Geistern das Muster propagiert: Eine zeitlang entwickelt sich alles rein quantitativ, Abmessungen verändern sich, das Quale (die sog. Qualität) bleibt dabei unberührt. An irgendeinem Punkt, ganz plötzlich, schlägt die quantitative Änderung in eine neue sog. Qualität um. So stellten sich viele Linke dann auch die Revolution vor. Selbst Lenin war nicht immer damit zurechtgekommen.

Marx und Engels hatten Hegel verstanden. Hegel und Marx waren Philosophen mit Verständnis für Mathematik und mathematische Modelle. Marx und Engels nutzten das, um durch ein Modell die Entstehung von Mehrwert heckendem Kapital aus der handwerklichen Produktion auf dem Weg über Manufaktur und Kooperation bis zum sozusagen perfekten Kapital verständlich zu machen. Als Modell nutzten sie die Vorstellung: Ein paar Handwerker errichten sich ihre Werkstätten, jeder für sich allein. Das ist nicht interessant.

Nun aber gelingt es dem einen oder anderen, seine Werkstatt zu vergrößern, oder alle Einzelnen schließen sich zur Kooperative zusammen. Dabei sinken die relativen Kosten für ein größeres Bauwerk, denn wenn das Mauerwerk der Werkstatt in seiner Länge und Breite in der ersten Potenz wächst, verändert sich die Produktionsfläche, auf die es ankommt, mit einer 2 als Exponent. Das ist das Phänomen der Nichtlinearität. Der Begriff zielt auf eine Kurve statt einer Geraden im Koordinatensystem. Mit jedem Schritt Ausweitung des Bauwerks entsteht ein Vorteil, der Vorteil kann zur Anschaffung von Maschinerie genutzt werden. An den Maschinen können die Arbeiter Mehrprodukt erzeugen, und das ist bei Privateigentum der berühmte Mehrwert. So kann sich die Kleinproduktion zur Mehrproduktion und zur kapitalistischen Mehrwert-Erzeugung steigern, Schritt für Schritt, allmählich. Mit jedem Schritt ein Surplus (französisch »Überschuß«) wie Marx sagt. Ein realer Überschuß über der scheinbaren Geraden, die das abstrakt quantitative Wachstum im Koordinatensystem ausweist. Das ist der grundlegende Prozeß.

Eine ganz andere Frage ist, an welcher Stelle eine Verwaltung die Grenze zieht und sagt: Von

Karl Marx im 21. Jahrhundert (14)

Die Allmählichkeit der Revolution

von Dr. Rainer Thiel

In Folge 16 hatten wir uns mit dem Schubkastenprinzip befaßt: Wie weit die bürokratische Schubkasten-Ideologie trägt, ist ein philosophisches Problem. Schubkästen sind ja nicht völlig sinnlos, man braucht sie und gebraucht sie. Doch wo endet ihre Nützlichkeit? Schlägt um in Idiotie? Marx hatte das als Neunzehnjähriger begriffen und seinen Professoren entgegengehalten. Schon im Altertum wurde erörtert: Ein Stein ist noch kein Haufen. Zwei Steine auch nicht. Auch nicht drei, vier, zehn Steine. Wo fängt der Haufen an? Das ist erst mal nur eine Frage der Bezeichnung. Doch sie wird ganz ernst, wenn sie weitergedacht wird: Hundert Häuser sind noch keine Stadt. Nun werden es immer mehr Häuser. Wann fängt die Stadt an? Die Stadt ist ja eine neue Qualität im Vergleich zur bloßen Ansammlung von Häusern.

Wie weit die bürokratische Schubkasten-Ideologie trägt, ist ein philosophisches Problem. Schubkästen sind ja nicht völlig sinnlos, man braucht und gebraucht sie. Doch wo endet ihre Nützlichkeit? Schlägt um in Idiotie? Marx hatte das als Neunzehnjähriger begriffen und seinen Professoren entgegengehalten.

hier ab ist der handwerkliche Kleinproduzent zum Kapitalisten geworden. Die Verwaltung kann fiskalische oder klassenkämpferische Gründe haben, so zu entscheiden. Doch immer ist es eine Entscheidung an der leicht sichtbaren, auffälligen Oberfläche des tiefer liegenden Prozesses, in dem sich bei **jedem** Grad der quantitativen Veränderung die Quale (die sog. Qualität) **real** verändert, ganz allmählich. Davon abstrahiert der Bürokrat. Die allmählichen Veränderungen sind ja nur dem Empfindsamen bemerkbar, der auch das Gras wachsen hört. Die nicht so Empfindsamen beachten die kleinen Veränderungen nicht, sie abstrahieren davon, als gäbe es sie nicht. Die im Leben oft nützliche Abstraktion wird dann zum Bumerang, wenn sie nicht kontrolliert wird, so wenig wie ein Feuer, das sich selbständig macht, so daß der Dichter Schiller sagen konnte: »Wohl-tätig ist des Feuers Macht, wenn es der Mensch be-zähmt, bewacht. ... Doch furchtbar wird die Him-melskraft, wenn sie der Fessel sich entraft.«

Das ist in der Geschichte tatsächlich ge-schehen. Die Folge waren Irritationen, und diese führten zur Spaltung der Arbeiterbe-wegung. Das hat man so umschrieben: Die ei-nen glaubten an »Revolution«, die andren an »Evolution«. Doch wie man es auch glaubte – es ging am Problem vorbei. In Wirklichkeit ist Revolution dasselbe wie Evolution.

Marx und Engels haben das Muster der All-mählichkeit des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative im Auge gehabt. (Ausführlich darüber in »Die Allmählichkeit der Revolution – Blick in sieben Wissenschaften«, ein-tem Buch, das ich 2000 im LIT-Verlag veröf-fentlicht habe – www.thiel-dialektik.de). Po-pulisten haben aber aus dem wohl zu verste-henden »Umschlagen quantitativer Änderungen in qualitative Wandlungen« etwas ganz anderes gemacht, nämlich »Plötzlichkeit des Umschla-gens« in den Fällen, da sich qualitative Wan-dlungen nicht mehr ignorieren lassen. Und so wabert es immer noch in den Köpfen des Publi-kums, auch der meisten Linken. Deshalb kom-men sie nicht klar mit dem Begriff »Reform«. Die einen wollen sich auf Reformen beschrän-

ken. Das bringt nichts. Die anderen wollen überhaupt keine Reformen. Sie begreifen nicht, daß es außer faulen Reformen auch kreative Reformen geben kann, die jedes Mal ein »Surplus« in Richtung auf eine neue Welt bedeuten. Das geschieht, wenn eine Reform das Kräfteverhältnis zwischen Arm und Reich, zwischen Herren und Knechten, zwischen Ent-rechteten und Aufrecht-Gehenden verschiebt.

Das Faulste ist, die da unten zu beruhigen und zu sagen: Wählt uns, wir vertreten euch im Parlament. Eine zweite SPD brauchen wir nicht! Wir brauchen Besinnung auf die All-mählichkeit der Revolution im Sinne der Phi-losophie von Karl Marx und Erinnerung an das, was **rot** ist, jetzt, wo die Finanzkrise so manchen Politiker zwingt, die Hose herunter-zulassen: »Hallo, hier geht es drauf und dran! Wo brennt 's im Land? Wo wackelt die Wand? Ich bin der rote Feuerwehrmann! Wir halten stand, den Hydrant in der Hand! Wo ist Alarm? Immer um-geschnallt! Wem ist zu warm? Dem geb ich kalt.« (Aus dem Gedicht »Der rote Feuerwehrmann« von Erich Weinert.)

Zum vorläufigen Abschluß meiner Textfolge zu Karl Marx erinnere ich, daß wir uns in vorangegangnen Folgen mit dem Verhältnis von Ausbeutung und Entfremdung befaßt hat-ten. Entfremdung zu verstehen heißt zu begrei-fen, warum die Arbeiter an politischer Kraft verloren haben. Marx selber hat als Philosoph die Gründe ihres Kraftverlustes aufgedeckt; sie sind immer stärker geworden, seit Karl am 14. März 1883 seine Augen schloß. Aber Ent-fremdung zu verstehen heißt zu begreifen, wo die Arbeiterklasse ihre offene Flanke hat: Die Jäger von Einschaltquoten der Tele-Sender, und die Reklamechefs der Konzerne wissen ge-nau, wie sie uns mit Spaß und Talmi überlisten können. Deshalb laßt uns endlich mal offen über Arbeitszeitverkürzung, über Generalstreik und politischen Streik reden.

Kraft wiederzugewinnen, Sektierertum zu überwinden, zu lernen und nochmals zu lernen, mit Köpfchen zu handeln, schneller und kräftiger als bisher – so können wir Würde und Freiheit gewinnen.

Bündnis 90/Die Grünen Barnim:

14. Barnimer Umweltpreis verliehen

Eberswalde (grüne). Zum 14. Mal in Folge würdigten am 21. Oktober die Barnimer Bündnisgrünen besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz im Landkreis Barnim. Aus den Händen von Andreas Fennert, grünes Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und Hauptsponsor des Preises, und Karl-Dietrich Laffin, Kreissprecher der Grünen, nahmen die Preisträger eine Ehrenurkunde und das Preisgeld entgegen.

Den 1. Preis, verbunden mit 400 Euro Preisgeld, erhielt der langjährige ehrenamtliche Biberbetreuer im Altkreis Eberswalde, Hans-Ulrich Pagel. Der inzwischen 83-Jährige engagiert sich seit seiner Jugend für den Naturschutz. Seit 1970, d.h. seit fast 40 Jahren, setzt er sich für den Schutz des Bibers und seiner Lebensräume ein. Er beobachtete und kartierte die Entwicklung des Biberbestandes im Altkreis Eberswalde minutiös, meldete die Daten an die Martin-Luther-Universität nach Halle und nach der Wende an das Landesumweltamt Brandenburg. Dank seines Engagements konnten in vielen Fällen schnell Lösungen bei Problemen mit Bibern gefunden werden. Rund 30 Durchlässe für Biber und Fischotter entstanden unter seiner Mitwirkung an hiesigen Straßen. Viele Jahre organisierte Hans-Ulrich Pagel gemeinsam mit Mitstreitern vom BUND und in Zusammenarbeit mit Schulklassen, Forstwirtschaft und Biosphärenreservat Pflan-

zaktionen, um das Nahrungsangebot für die Biber zu verbessern.

Der 2. Preis verbunden mit 250 Euro Prämie ging an den Tierschutzverein Niederbarnim e.V. Der seit 1991 bestehende gemeinnützige Verein wird ehrenamtlich geführt. Er betreibt in Ladeburg eines der größten Tierheime Brandenburgs. Tierschutz wird hier immer im Zusammenhang mit dem Natur- und Umweltschutz gesehen. So wird das Abwasser biologisch geklärt und Solarenergie zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Seit zwei Jahren bietet der Verein Schulklassen und Kindergartenpraxisgruppen praxisnahen Unterricht im Tierheim. Zahlreiche Kinder haben inzwischen das Tierheim besucht. Sie waren begeistert von ihren Erfahrungen im Umgang mit Tieren und haben viel über artgerechte Tierhaltung und die Schonung von Natur und Umwelt erfahren.

Über den 3. Preis samt 100 Euro konnte sich die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt des NABU Barnim freuen. Seit 3 Jahren halten die ehrenamtlichen Betreuer der AG einmal wöchentlich im Forstbotanischen Garten interessante Angebote für Schüler ab der 5. Klasse bereit. Gemeinsam werden spannende Natur- und Umweltthemen unter die Lupe genommen, Aktionen und Exkursionen geplant und durchgeführt. Dabei bleibt viel Freiraum für Kreativität und Fantasie der Kinder, die so mit der heimischen Tier- und Pflanzenwelt vertraut werden und sich viel im Freien bewegen.

Ehrenamtliche Aufgaben im THW

Das Technische Hilfswerk Eberswalde bietet Chancen für junge und ältere Bürgerinnen und Bürger, die gerne ehrenamtlich arbeiten möchten. »Aktuell gibt es Aufgaben in mehreren Bereichen zu vergeben«, sagt Daniel Kurth, der die Einsatzkräfte leitet. Für die Arbeit mit den angehenden THW-Helfern in unserer Jugendgruppe ist noch Platz für einen weiteren Betreuer oder eine Betreuerin. Das THW kann bis zu 500 Personen sehr schnell mit Essen versorgen – hier sind Köche oder Gastronomen gut aufgehoben. Natürlich gibt es im THW auch Verwaltungsarbeiten zu bewältigen, wer diese wichtige Aufgabe übernehmen möchte, sollte sich im THW anmelden.

Im THW läßt sich kein Geld verdienen, doch trotzdem ist die Mitarbeit attraktiv: Das THW bietet viele nette Leute, Lehrgänge zur Weiterbildung, die sich auch für den Beruf nutzen lassen und die Mitglieder können sich Führungskompetenzen aneignen. »Wir sind alle

freiwillig dabei, deshalb legen wir Wert darauf, daß die Arbeit Spaß macht und unsere Kameraden sich mit Themen beschäftigen, die sie interessieren«, meint Mirko Wolter, der Ortsbeauftragte in Eberswalde.

Das Technische Hilfswerk ist die Katastrophenschutzorganisation des Bundes und leistet bei Unglücksfällen und Katastrophen ehrenamtlich technische und humanitäre Hilfe im In- und Ausland. Bundesweit engagieren sich 80.000 Menschen in ihrer Freizeit im THW. Die zur Zeit rund 60 Helferinnen und Helfer des Ortsverbandes Eberswalde werden kontinuierlich ausgebildet und können Personen retten, Strom in das Stromnetz einspeisen, Verpflegung für mehrere hundert Menschen bereitstellen oder Bergungsarbeiten durchführen. Sie wollen so etwas auch können? Machen Sie einfach mit! Weitere Informationen unter www.thw-eberswalde.de.

STEFAN FÖRDER

Wandertip

Am 8. November geht es zur Blockpackung in Sperlingsherberge Groß Ziethen mit Besuch der Dampfmühle und Rundweg um den Schwarzen See im NSG »Grumsiner Forst«. Wir besuchen die Dampfmühle des Hugenottendorfes mit Ausstellung zur Weichseleiszeit vor ca. 15.000 Jahren und fahren dann weiter zum Aussichtspunkt auf die Grube der Kiesunion. Von hier beginnen wir mit der Wanderung nach Sperlingsherberge und zum Grumsiner Forst. Dann wandern wir durch das Abaugebiet an den Schellen der Kleinbahnlinie zurück zum Aussichtspunkt. Anmeldung ist erforderlich unter 03334-32971 bis 10 Uhr am 08.11.2009! Wanderleiter: Hans-Jürgen Müller. Treffpunkt: 13.00 Uhr an der Dampfmühle 16247 Groß Ziethen (an der B 198 gelegen) – der Weg in Groß Ziethen ist ausgeschildert. Dauer: ca. 3 Std. und ca. 8 km Weg. Gebühr: Erwachsene 3 Euro, Kinder 1,50 Euro, Natur-Freunde 1 Euro.

BERND MÜLLER

Arbeitseinsatz im Tierpark

Eberswalde (cz). Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn bittet die Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere die Partnerinnen und Partner des Kooperationsverbundes mit der Grundschule Schwarze See, dem Kontakt e.V., dem Eltern-Kind Zentrum und dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus der evangelischen Kirchengemeinde Finow, sich am 7. November zahlreich am geplanten Arbeitseinsatz im Eberswalder Tierpark zu beteiligen. Dies sollte auch ein Dankeschön und Reverenz gegenüber den Teams des Tierparks sein, das die vielfältigsten Veranstaltungen im Brandenburgischen Viertel in diesem Jahr begleitet haben.

Kreistag Barnim:

Informationssystem online

Pünktlich zum Oktoberkreistag ist am 6. Oktober das neue Kreisinformationssystem des Landkreises Barnim online gegangen (www.barnim.de). Unter dem Titel »*Kreistagsinformation Online*« finden Abgeordnete, Medienvertreter und alle anderen Interessierten alles, was man über den Kreistag, seine Mitglieder und seine Themen wissen muß. Unter »*Kreistagsinformation Online*« sind im einzelnen die Gremien des Kreistages und deren Mitglieder dargestellt, die Fraktionen und deren Mitglieder. Weiter gibt es Informationen über die einzelnen Kreistags- und Ausschußmitglieder und eine Komplettübersicht aller Vorlagen. Den allgemeinen Terminkalender, sowie Einladungen und Niederschriften finden Interessierte im Sitzungskalender. Zuletzt gibt es überdies eine Recherchefunktion, über vergangene Themen. Mit dem neuen Informationssystem zum Kreistag sind nun Informationen zum politischen Teil der Verwaltung online einsehbar.

MARIANNE SCHLESTEIN, Pressesprecherin

EBERSWALDE WAR IN DER DDR-ZEIT EINE TRISTE STADT MIT VOM VERFALL GEPRÄGTEN STRAßEN.

FRIEDHELM BOGINSKI, Eberswalder Bürgermeister (zitiert nach MOZ v. 12.10.2009)

1939 - Als der große Krieg geboren wurde

Teil 3: Überlegungen zum Nichtangriffsvertrag

Die abschließenden Thesen des dritten Teils betrachten zwei bereits zitierte Bücher von OLAF GROEHLER und dem Autorenduo KURT PÄTZOLD und MANFRED WEIBBECKER als Beispiele für aktuelle Diskussionen um den Pakt.

5 Die Kritik der erwähnten ostdeutschen Historiker betraf vor allem die militärische, sicherheitspolitische (These 6) und die völkerrechtliche Problematik. OLAF GROEHLER: »Als ... Argumentationskette indes wurde das ethnische Moment ins Spiel gebracht, die Bewahrung von drei Millionen Weißrussen und sieben Millionen Ukrainern vor dem faschistischen Joch ... Wer sich allein mit ethnischen Begründungen daran macht, Gebietsverluste einzuklagen, der durfte sich nicht wundern, wenn die Landkarte Europas schließlich völlig umgeschrieben wurde...« /1, S. 110 f./.

PÄTZOLD/WEIBBECKER: »Hitlers Bild von Stalin erwies sich als zutreffend, während alle diejenigen im Irrtum waren, die in ihm einen Verteidiger nationaler und internationaler Interessen gesehen hatten... Diese Maßnahme (Besetzung Ostpolens, R.R.), später als Rettungsakt für die dort lebende polnische, jüdische, ukrainische und weißrussische Bevölkerung hingestellt, entsprach dem imperialen Großmachtdenken der sowjetischen Machthaber um Stalin, in dem es für ein selbständiges Polen keinen Platz gab« /2, S. 384/.

Die Pariser Friedenskonferenz sollte erstmals eine auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende Nachkriegsordnung in Europa schaffen. Damals ist eben »die Landkarte Europas ... völlig umgeschrieben« worden. Der in Ostgalizien 1918 entstandene westukrainische Staat war aber widerrechtlich von Polen annektiert worden (These 2). Es ging daher nicht um irgend welche Gebietsverluste der UdSSR. Ob es Moskau und Warschau ins Konzept paßte oder nicht – die Ukrainer jeglicher Couleur hatten sich mit der polnischen Annexion nicht abgefunden. Die UdSSR hat also die nationalen Interessen der Ukrainer tatsächlich wahrgenommen – auch wegen ihrer eigenen inneren Sicherheit und Stabilität. Moskau hatte zu beachten, daß es auch nach der Zerschlagung der Petljura-Bewegung einen ukrainischen nationalistischen Untergrund gab, der mit Armeen und Geheimdiensten mehrerer Staaten zusammenarbeitete, darunter (seit 1938) mit der deutschen Abwehr. »Die Abwehr hatte... im Sommer 1939 sorgfältige Vorbereitungen zur Auslösung eines ukrainischen Aufstandes in Ostpolen getroffen... Am 15. September wurden die ukrainischen Abwehrleute mobilisiert und zur 14. deutschen Armee in Marsch gesetzt.« Abwehrchef CANARIS erwartete, ein solcher Aufstand würde sich gegen Polen wie gegen die UdSSR wenden /1, S. 118/. GROEHLER schloß selbst, der sowjetische Einmarsch hätte »den Plänen der deutschen Abwehr in Ostgalizien ein Ende gesetzt.« . Dazu aber CHRUSCHTSCHOW einschränkend: »Zwischen der Unterzeichnung des Vertrages im Jahre 1939 und dem Ausbruch des Krieges 1941 machten uns die ukrainischen Natio-

nalisten mehr Schwierigkeiten als irgend jemand sonst. Wir fanden Beweise dafür, daß sie von den Deutschen Instruktionen und Geld erhielten.« /3, S. 138/. Die Sowjetregierung hatte also dem Wunsch vieler Ukrainer Rechnung getragen, auch um befürchteten Unruhen vorzubeugen. CHRUSCHTSCHOW dazu: »Es herrschte große Begeisterung bei unseren Truppen und der örtlichen Bevölkerung über den Anschluß der West-Ukraine an die Sowjetukraine. Historisch gesehen waren diese Gebiete immer von Ukrainern besiedelt gewesen« /3, S. 137 f./.

Wehrmachtsvertreter bestätigten dieses Stimmungsbild auf ihre Art. Eine Meldung der 14. Armee an das OKH vom 24. 9. behauptete, die Russen seien »aufgeputscht durch die größtenteils kommunistische Bevölkerung«, und GROEHLER resümierte: »Im gesamten Gebiet der Westukraine und Westbelorußlands wurde die Rote Armee von Weißrussen, Ukrainern und Juden freundlich begrüßt«, und es »setzte sehr rasch eine große Fluchtwelle polnischer Juden in die von der Sowjetunion besetzten Gebiete ein« /1, S. 131, 138/.

Nimmt man das Eintreten der UdSSR für den Schutz der CSR hinzu, was bleibt dann übrig von der Behauptung, Moskau habe keine (hier nicht einmal definierten!) »nationalen und internationalen Interessen« verteidigt? Die Interessen des Sowjetstaates erforderten zugleich das Eintreten für Tschechen, Slowaken und Ukrainer – »Großmachtdenken« hin oder her. Das geheime Zusatzprotokoll ließ die Frage eines zukünftigen polnischen Staates offen. Angesichts des Wiedererstehens eines starken Polen nach dem Krieg ist die Behauptung schlicht unverständlich, aus Moskauer Sicht habe es für ein »selbständiges Polen« keinen Platz gegeben. Die Autoren erläutern das nicht. Der »Wende« von 1990 haben eben auch marxistische Historiker Tribut gezahlt.

6 Zum sicherheits- und militärpolitischen Aspekt. PÄTZOLD/WEIBBECKER: »Doch es existierte für die Sowjetunion kein militärischer Zwang, sich an den deutschen Räubereien zu beteiligen. Die Sicherheit des eigenen Staates war auf jede andere Weise eher und besser zu gewährleisten als durch das Erhandeln eines Glacis vor den Grenzen Weißrußlands und der Ukraine« /2, S. 384/. GROEHLER: »Die stalinistische Hauptargumentationskette lief aber darauf hinaus, daß der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Polen dem deutschen Drang nach Osten einen wirksamen Spiegelfel vorlegte ... Diese Argumentation erweist sich im Rückblick als eine der großen Lügen des Zweiten Weltkrieges. Denn es war ja nun in der Tat beileibe nicht so, als ob dieser sowjetische Einmarsch der Naziführung ungerufen und ungelegen kam...« /1, S. 110 f./.

Auf welche »andere Weise« die Sicherheit der UdSSR zu schützen war, sagen die Autoren nicht. Nach Ablehnung des LITWINOW'schen Sicherheitspaktes (April) und Scheitern der Verhandlungen mit London und Paris im August waren die Alternativen erschöpft. Daher meinte der militärisch nicht gerade unerfahrene CHURCHILL: »Es ist klar, daß die russische Armee diese Linie beziehen mußte, um Rußland vor der nazistischen Bedrohung zu schützen...« (in BBC, 1. 10. 39).

Zwei Stichworte sind noch zu betrachten. Militärische Allianz? Der sowjetische Einmarsch kam für Berlin »nicht ungerufen und ungelegen.« Nein, Moskau ist von den Deutschen mehrfach aufgefordert worden, endlich einzugreifen. Seit dem 23.8. und erst recht nach dem 1.9.39 taten Naziregierung und Wehrmachtsführung alles, um der Welt die UdSSR als Alliierten zu präsentieren. Trotz freundlicher Gesten im Stil der Militärdiplomatie vermied aber die sowjetische Seite jedes tiefere Einlassen auf die deutschen Wünsche im Krieg. Das war für GROEHLER nicht Anlaß zu kritischer Analyse. Aber viele Details seiner Darstellung sprechen gegen die These von der Allianz. Es gab keine genaueren Absprachen über Termin des sowjetischen Einmarsches und Verlauf einer Demarkationslinie. Die UdSSR ließ sich nicht auf die ursprünglich im Zusatzprotokoll vorgesehene Weichsel-Linie ein, sondern beschränkte sich auf die am Bug verlaufende östlichere Curzonlinie als Grenze. Die Rote Armee griff erst ein, als die Deutschen bereits tief in Ostpolen standen (Karte). Sie hinderte die Polen nicht, wie Berlin es wünschte, am Abzug nach Rumänien. Der Einmarsch am 17.9. war für die Deutschen »terminlich überraschend und unkonventionell«. Selbst Abwehrleute fanden die Demarkationslinie »unklar« und »unglücklich« (wegen des entgangenen Erdölreviers). Das »unkoordinierte Vorgehen« führte zu Zusammenstößen zwischen Einheiten der Wehrmacht und der Roten Armee (Bialystok, Brest). Vor Lemberg und dem Ölgebiet von Borisow-Drohobytsh mußte die Rote Armee den Rückzug der Wehrmacht erzwingen. Ein hochrangiger Kontaktoffizier der Wehrmacht beobachtete bei einer Tour ins sowjetische Okkupationsgebiet »ablehnende oder gar drohende Haltung« der Soldaten. Nach deutschen und polnischen Quellen hätten die Sowjets angeblich Waffenhilfe gegen polnische Einheiten versprochen. Aber für tatsächliches Zusammenwirken hat GROEHLER keine Belege. Es kam auch zu Zusammenstößen sowjetischer Truppen mit Polen (nach GROEHLER mindestens 40 Fälle) mit Verlusten auf beiden Seiten. Ob polnischerseits reguläre oder irreguläre Ein-



Der Verlauf des deutschen Angriffs auf Polen (1. 9. -2. 10. 1939) und der Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee.

heiten beteiligt waren, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls hatte die Rote Armee Anweisung, Waffengebrauch gegen Polen zu vermeiden. Marschall RYDZ-SMIGLY informierte seinerseits die polnischen Einheiten am 17. September: »Die Sowjets sind einmarschiert. Ich befehle den allgemeinen Rückzug nach Rumänien und Ungarn... Mit den Sowjets ist nicht zu kämpfen.« Das Garnisonskommando Lemberg (Lwow) wurde angewiesen: »Wir kämpfen nur gegen Deutschland. Mit den Bolschewisten führen wir keinen Krieg« /1, S. 135 f./.

Dementsprechend gab es nur eine nach Westen gerichtete Verteidigungslinie für Lemberg. Eine Militärallianz sieht eigentlich anders aus.

Zum Glacis. Marschall SHUKOW /4/ und der britische Historiker KEEGAN /5/ bemängelten übereinstimmend tief gestaffelter Verteidigung an der neuen sowjetischen Grenze und zu große Grenznähe der Befestigungen. Das spricht natürlich nicht gegen, sondern für den Wert eines Glacis. Die befestigten Räume an der neuen Westgrenze unterschieden sich hinsichtlich der Grenzentfernung nicht von

der alten »Stalin-Linie«, auch nicht von anderen etwa gleichzeitig gebauten europäischen Grenzanlagen (Maginot-Linie, Metaxas-Linie/Griechenland, Mannerheim-Linie/Finnland). Sie alle orientierten sich an der im 1. Weltkrieg bewährten französischen Festungslinie und am damaligen Stellungskrieg. Sie alle wurden nach 1939 auch mehr oder weniger rasch durchbrochen. Sie waren dem Zusammenwirken starker Panzerstoßkeile mit massiver Luftunterstützung nicht gewachsen – kein Einwand gegen den Wert eines Glacis. SHUKOW nennt verschiedene Ursachen für die im Juni/Juli 1941 über die UdSSR hereingebrochene militärische Katastrophe: Fehleinschätzung der Hauptangriffsrichtung des Gegners, Fehler bei der Truppenführung, falsche Lokierung der Truppen und des Nachschubs, erst begonnene Umrüstung der Armee, nicht abgeschlossene Ausrüstung der Grenzanlagen (beider Linien). Hauptfaktor war offensichtlich die Überraschung und der dadurch zu späte Mobilisierungsablauf. Alles das hätte bei Verzicht auf die Westausdehnung nicht anders, nur

noch verheerender gewirkt. Günstiger war an der alten Grenze nur die etwas bessere Infrastruktur.

Die militärische Wirkung der Grenzverschiebung war unter obwaltenden Umständen nicht sehr groß. Die Wehrmacht hat für die Überwindung des »Glacis« (230 km Luftlinie im Süden, 375 km im Norden) sowie der Stalin-Linie an der alten Grenze im Schnitt zwei Wochen gebraucht, in der Ukraine etwas mehr. Aber die zwei Wochen ermöglichten die weitere Mobilisierung im Landesinneren und fehlten der Wehrmacht bei Wintereinbruch vor Moskau. Sie haben vielleicht die sowjetische Metropole gerettet. Der zitierte Satz von PÄTZOLD/WEIBBECKER ist eine offensichtliche Fehldiagnose.

Der sowjetische Einmarsch in Ostpolen brach Völkerrecht, ebenso wie die polnische Annexion von 1921, ebenso wie das Münchener Abkommen. Man kann ihn unmoralisch finden, vor allem, wenn man sich auf deklarierte kommunistische Grundsätze und Ziele bezieht. Allerdings setzt der Begriff »Moral« allseitige Akzeptanz eines Wertesystems voraus. Doch was tun, wenn dieses System nicht allseits akzeptiert und gültig ist? Kann »Selbstmord aus Gründen der Moral« eine Lösung sein? Der konservative Basler Kulturhistoriker JACOB BURCKHARDT (1818-1897) hat vor der Herauslösung geschichtlicher Ereignisse aus ihrem historischen Kontext gewarnt: »Unsere sittliche Kritik vergangener Weltalter irrt leicht. Sie löst sich schwer ab von den Gegensätzen unserer Tage und trägt heutige Wünschbarkeiten auf die Vergangenheit über. Sie geht ferner aus von Leuten, die im Schirm der von außen garantierten Ordnung (...) ruhig sitzen und von einem heftig bewegten und bedrohten Leben keine Ahnung haben.« /6, S.318/.

ROLF RICHTER,
 Bündnis für den Frieden Eberswalde.

Anmerkungen

- 1 – OLAF GROEHLER, Selbstmörderische Allianz, s.Teil 2.
- 2 – K. PÄTZOLD, M. WEIBBECKER, Adolf Hitler, siehe Teil 2.
- 3 – Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren (Hrsg. S. Talbot), Reinbek b. Hamburg 1992. Das Buch ist wegen der zweifelhaften Art der Textbearbeitung durch die Herausgeber sehr kritisch zu lesen.
- 4 – G. K. SHUKOW, Erinnerungen und Gedanken. Bd. 1. Berlin 1969.
- 5 – J. KEEGAN, Unternehmen Barbarossa. 2. Aufl., Rastatt 1993.
- 6 – JACOB BURCKHARDT, Weltgeschichtliche Betrachtungen – Historische Fragmente (Sammlung Dietrich 401). Leipzig 1985.

Bearbeitete Karte aus »Meyers Neuer Volksatlas«, Verlag Bibliographisches Institut Leipzig, Leipzig o.J. (1941), S. 12. Ortsnamen nach dem Original.

Ergänzende Angaben nach: G. FÖRSTER, H. HELMERT, H. SCHNITZER, Der zweite Weltkrieg, Leipzig 1962, und nach O. GROEHLER, Selbstmörderische Allianz, Berlin 1992.

Warum gewann Schwarz-Gelb?

Rot-Grün und Große Koalition haben mit Agenda 2010, Jugoslawien- und Afghanistan-Krieg der jetzigen Wahl quasi »vorgearbeitet«. Die Gewerkschaftsführer verteidigten nicht die Interessen der Lohnabhängigen, sondern v. a. »ihre« Regierungspartei SPD. Sie sorgten über Jahre, v. a. aber in der Krise, dafür, daß die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse über Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld abgefedert wurden, daß also das ganz große Job-Massaker aufgeschoben wurde und jetzt unter Schwarz-Gelb durchgezogen werden soll.

Vor allem aber kam so die herrschende Klasse zu neuem Selbstvertrauen. Die Stimmen für die FDP, das Stärkerwerden des rechten, offen neo-liberalen CDU-Flügels im Wahlkampf und die klare Präferenz aller Unternehmerverbände für Schwarz-Gelb signalisieren: Jetzt muß eine Regierung des Generalangriffs her!

Mit der FDP hat eine Partei massiv gewonnen, die für ein klares Profil steht. Wie keine andere Partei tritt sie für Neo-Liberalismus und Deregulierung ein, also für eine Politik, welche die jetzige historische Krise des Systems zwar nicht verursacht, aber befördert hat. Sie steht für das Elend von Milliarden und für den Reichtum der Milliardäre. Mindestlohn, Rentenerhöhung für alle? Sicher nicht mit der FDP!

Neben einem Programm zur Sicherung der Monopole und des deutschen Imperialismus (EU, Afghanistan), das nahtlos und verschärft fortgesetzt werden soll, dient die Parole der »Steuersenkung«, welche die FDP für sich monopolisieren konnte, zukünftig wohl nicht nur den Liberalen, sondern einer ganzen Regierung als Mittel, eine drastische Umverteilung von unten nach oben zu rechtfertigen und mit fiskalen Erleichterungen für die oberen Mittelschichten zu garnieren.

Historische Katastrophe der SPD

Daß Schwarz-Gelb gerade in einer historischen Krisenperiode des Kapitalismus wieder eine Mehrheit erringen konnte, scheint auf den ersten Blick paradox. Hätten nicht mindestens auch jene Parteien, die das bestehende System nicht nur schlecht verwalten, sondern für Marktwirtschaft stehen, wie keine anderen, auch wie die SPD »abgestraft« werden müssen?

Nun, Wahlen sind keine Barometer für Gerechtigkeit, sondern für Kräfteverhältnisse und die Formierung von Klassen und Klassenallianzen. Die herrschende Klasse hat, das signalisieren die Wahlen, die Krise genutzt, einen neuen Block an der Macht zu bilden, der längerfristig ohne SPD auskommen soll.

Anders die Lohnabhängigen. Nachdem die SPD keine Antwort auf die Krise geben konnte, außer sich einer »nationalen Kraftanstrengung« unterzuordnen und eine paar mehr »Regulierungen« auf den Finanzmärkten einzufordern, ansonsten aber die Rettung der Banken selbst auf den Weg gebracht hat und mithilfe der Gewerkschaftsführungen die Betriebe weitgehend ruhig gehalten hat, hat der Mohr seine

Historische Katastrophe der SPD

Merkel/Westerwelle den Weg geebnet

Das Programm der neuen Regierung ist klar, es wird ein Programm des sozialen Kahlschlags und des Angriffs auf die Arbeiterklasse sein, wie es sie nach Konsolidierung des Nachkriegskapitalismus Anfang der 1950er Jahre nicht mehr gegeben hat.

Schuldigkeit getan. Das Desaster der SPD ist in seiner Dimension kaum zu überschätzen. Seit 1998 hat die SPD die Hälfte ihrer WählerInnen verloren – von rund 20 Millionen (40,9 Prozent) auf 10 Millionen (22,9 Prozent). Nur 22-23 % der Arbeitslosen und nur 18 % der Erstwähler wählten SPD. Bei ArbeiterInnen und Angestellten lag sie bei rund 24 bzw. 21 %. Nur die RentnerInnen wählen überdurchschnittlich SPD: schlechte 29 %. Knapp zwei Millionen SPD-WählerInnen von 2005 blieben überhaupt zu Hause. Die geringe Wahlbeteiligung erklärt sich so v.a. aus SozialdemokratInnen, die die SPD nicht mehr, aber auch keine andere Partei wählen wollten.

Die Ursache für die Krise ist leicht ausgemacht: Die Regierungsbeteiligungen seit 1998, von Rot-Grün bis zur Großen Koalition, hat die Basis der SPD in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften nachhaltig unterminiert. In zehn Jahren Regierung hat die SPD bis zur Selbstvernichtung (mit)regiert. Die Zeit, als die SPD »das Monopol« über die organisierte Arbeiterklasse hatte, dürfte dem Ende entgegengehen. Mit einer raschen Erholung der SPD ist nicht zu rechnen. Aber es wird zur Krise in der SPD – und fast noch wichtiger – zur Krise des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften führen, wenn in den nächsten Monaten die großen Keulen gegen die organisierte Arbeiterklasse geschwungen werden.

Wäre eine andere SPD-Regierungspolitik möglich gewesen?

DIE LINKE behauptet, der SPD wäre ihre Krise erspart geblieben, hätte Rot-Grün seit 1998 Lafontaines und nicht Schröders Politik umgesetzt. Das klingt auf den ersten Blick plausibel und viele enttäuschte SozialdemokratInnen denken so. Wichtiger ist wohl, daß die Führung der LINKEN das strategische Ziel hat, die nächste Legislaturperiode zur Vorbereitung einer Allianz für eine »neue Politik« zu nutzen und die SPD zu »re-sozialdemokratisieren«.

Diese Vorstellung wird noch gestützt davon, daß die SPD – nach links verschoben – zu einem Partner für eine »Reformregierung« auf Bundesebene werden könne. Doch die SPD-Politik ist nicht daran gescheitert, daß man den Staatsapparat und die Regierungsmacht falsch verwendet hätte. Selbst einer bürgerlichen Reformpolitik – nichts anderes ist der linke Keynesianismus eines Lafontaines – sind im Kapitalismus enge Grenzen gesetzt. Diese Grenze sind die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals.

In der Zeit des »Wirtschaftswunders« war es aufgrund überaus günstiger Ausgangsbedingungen über eine längere Periode möglich, steigende Gewinne mit steigenden Löhnen und

Einkommen für die Lohnabhängigen, den Ausbau des »Sozialstaats« usw. zu verbinden. Diese Periode ist lange vorbei. Die Profitraten sinken seit dem Ende der 60er Jahre. In den meisten Branchen herrscht Überproduktion vor (und zwar schon in der Globalisierung). Die Spekulation an den Finanzmärkten war ein Mittel, die Krisentendenzen des Kapitalismus nicht offen hervortreten zu lassen, indem überschüssiges Kapital in die Geldmärkte floß und diese künstlich die globale Nachfrage stimulierten.

Eine Politik der »Sozialreform« war aber in dieser Periode, also zurzeit von Rot-Grün, schon nicht mehr möglich. Die SPD mußte »Gegenreformen« durchführen, wollte sie an der Spitze dieses Staates stehen – ob sie wollte oder nicht. Der bürgerliche Staat – das mußte Lafontaine am eigenen Leib erfahren – kann nicht beliebig für dieses oder jenes gesellschaftliche Interesse in Besitz genommen werden. Er ist Staat des Kapitals, er will und muß auch als solcher verwandt werden.

Durch eine weitere rein parlamentarische Reformregierung, die zum hundertsten Mal den Staat zum Ausgleich zwischen Arm und Reich, Lohnarbeit und Kapital schaffen will, wird nichts zu gewinnen sein. Diese Lehre muß auch aus dem SPD-Desaster gezogen werden. Eine Neuauflage der SPD-Politik durch DIE LINKE wird letztlich keine anderen Resultate zeigen, als jene der SPD.

Hinzu kommt, daß wir keineswegs am Ende der historischen Krise der Kapitalismus stehen. Mag auch das Wirtschaftswachstum wieder leicht steigen, so müssen die Kosten der Krise noch bezahlt werden. Die Stimmen für DIE LINKE drücken aus, daß die Große Koalition keine Perspektive für die Arbeiterklasse war und die SPD abgewirtschaftet hat. DIE LINKE galt für Millionen Lohnabhängige als Mittel, ihre Ablehnung des Neo-Liberalismus, teilweise auch des bestehenden Systems zum Ausdruck zu bringen, teilweise auch ihre Bereitschaft zu kämpfen. In der Arbeiterklasse hat DIE LINKE das Monopol der SPD schwer angegriffen. Unter den Arbeitslosen hat DIE LINKE die SPD überflügelt und wurde mit rund 26 % stärkste Partei! Auch bei den ArbeiterInnen war sie mit 18 % überdurchschnittlich vertreten. DIE LINKE geht eindeutig gestärkt aus den Wahlen hervor. Jetzt muß sie aber auch in der Praxis, im Kampf gegen die neue Regierung gefordert werden. Es reicht nicht nur, über Mindestlohn, Gerechtigkeit, Sicherung der Arbeitsplätze zu reden – man muß auch dafür kämpfen!

MARTIN SUCHANEK (Gruppe Arbeitermacht)

Gekürzt. Der Vollständigen Text wurde im BBP-Forum (<http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum>) veröffentlicht.

Erzberger-Platz in Finowfurt:

»Matthias Erzberger«-Gedenkstele enthüllt

Finowfurt (press-brbg/bbp). Seit dem 25. September erinnert auf dem Erzberger-Platz in Finowfurt eine Stele an Matthias Erzberger, der am 26. August 1921 von Rechtsextremen ermordeten wurde. Zur Enthüllung der Stele konnte der Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht den brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und den Landtagspräsidenten Gunter Fritsch begrüßen. Bei der Feierstunde auf Brandenburgs einzigem Erzberger-Platz appellierte Platzeck an die brandenburgische Bevölkerung, bei der zwei Tage später stattfindenden Wahl ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

»Brandenburg hätte dann wieder ein neonazifreies Parlament«, sagte Platzeck. Anlässlich der Stelen-Einweihung betonte Landtagspräsident Gunter Fritsch: »Wir müssen die Erinnerung an diejenigen, die wie Erzberger ihr Eintreten für die Demokratie mit ihrem Leben bezahlt haben, wach halten. Damit können wir vor allem unsere Jugend davon überzeugen, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen und demokratische Parteien zu wählen.« Platzeck weiter wörtlich:

»Die Ermordung von Erzberger war politisch motiviert und richtete sich gegen die junge Demokratie in der Weimarer Republik. Heute leben wir in einer stabilen Demokratie. Die Erinnerung muß uns aber zugleich eine immerwährende Mahnung sein: 'Wehret den Anfängen'. Dieses Gebot ist durchaus aktuell. Denn auch in unserem Land kommt es immer noch zu antisemitisch und ausländerfeindlich motivierten Aufmärschen und Gewalttaten. Das dürfen wir nicht zulassen.«

Jeder einzelne hat nach Platzecks Überzeugung die Pflicht, sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder in der Gemeindevertretung. Platzeck: »Wer schweigt oder wegsieht, schwächt die Demokratie.« Der Ministerpräsident lobte die Gemeinde Schorfheide. Sie habe sich durch die Aufstellung der Erzberger-Stele und mit der Benennung des zentralen Platzes in Finowfurt nach Erzberger klar positioniert.

Der damalige Reichsfinanzministers Erzberger wurde als einer der ersten prominenten Politiker der Weimarer Republik von Rechtsextremisten ermordet. Er gehörte der katholischen Zentrumspartei an. War er im 1. Weltkrieg zunächst für einen »Siegfrieden« eingetreten, forderte er seit 1917 einen »Verständigungsfrieden« ohne Annexionen. Im Herbst 1918 unterzeichnete er als Leiter der Waffenstillstandskommission am 11. November 1918

als erster der vierköpfigen deutschen Delegation den Waffenstillstand von Compiègne, der die Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges beendete.

Nachdem er bereits von Februar bis Juni 1919 der ersten Regierung der Weimarer Republik unter Philipp Scheidemann (SPD) als Reichsminister ohne Geschäftsbereich angehört hatte, fungierte er im zweiten Kabinett unter Gustav Bauer (SPD) als Finanzminister. Er baute die Steuerverwaltung neu auf und legte mit seinen Reformen – unter anderem der Einführung des direkten Lohnsteuerabzugs – die Grundlagen für das noch heute vorhandene deutsche Steuersystem.

Durch die stärkere Zentralisierung der Steuereinnahmen und die Belastung größerer Vermögen zur Sanierung der Reichsfinanzen wurde Erzberger noch mehr zur Zielscheibe und Haßfigur rechter Propaganda, die ihn bereits wegen seiner Rolle in der Waffenstillstandskommission im Visier hatte. Bereits am 26. Januar 1920 überlebte Erzberger einen Attentatsversuch. Im März 1920 trat er als Finanzminister zurück. Das zweite Attentat am 26. August 1921, durchgeführt von den Freikorpsoffizieren Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz, war schließlich erfolgreich. Erzbergers Parteifreund Carl Diez, der ihn begleitete, erlitt schwere Verletzungen.

Tillessen wurde im März 1947 von einem Konstanzer Gericht zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, Heinrich Schulz verurteilte ein Offenburger Schwurgericht am 19. Juli 1950 zu 12 Jahren Zuchthaus. Beide büßten davon aber nur einen geringen Teil ab und wurden schon 1952 entlassen. (Wikipedia)

Die Stele zum Gedenken an Matthias Erzberger wurde von Platzeck und seinem baden-württembergischen Amtskollegen Günther Oettinger »als Ausdruck des parteiübergreifenden demokratischen Grundkonsenses« gestiftet. Platzeck griff zur Finanzierung der Stele natürlich nicht in seine Privatschatulle sondern stellte als Ministerpräsident Lottomittel in Höhe von 1800 Euro zur Verfügung. Die Anregung für die gemeinsame Stiftung der Stele kam von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker.

Den zentralen Platz vor ihrem Hauptverwaltungsgebäude in Finowfurt hatte die Gemeinde Schorfheide bereits im Dezember 2004 nach dem schwäbischen Politiker benannt. Finowfurt ist der einzige Ort in Brandenburg, an dem bislang an den Zentrums-Politiker Erzberger erinnert wird.



Abriß Schwärzeseeschule

Eberswalde (bbp). Im Rahmen des Eberswalder Bürgerhaushaltes hatte Otto Baaz den Vorschlag eingereicht, auf den geplanten Abriß des Gebäudes der Grundschule »Schwärzese« zu verzichten. Stattdessen solle das Schulgebäude erhalten und gesichert sowie über alternative Nutzungen nachgedacht werden.

Bis vor einem Jahr stand in unmittelbarer Nachbarschaft der »Schwärzese«-Schule auch noch das Gebäude der »Albert-Einstein-Oberschule«. Wenige Tage nach Schluß des Schulbetriebs kam der Abrißbagger. Etwas länger hatte es mit dem Abriß bei der Oberschule Finow gedauert. Das Grundstück in Finow soll jetzt für netto null Euro an den Landkreis abgegeben werden, der dort ein neues Schulgebäude für das Oberstufenzentrum (OSZ) bauen will. Das freiwerdende Gebäude des OSZ im Brandenburgischen Viertel – damit schließt sich der Kreis – würde dann die Grundschule »Schwärzese« nutzen, dessen Gebäude dem Abrißbagger preisgegeben werden soll.

Bürgermeister Boginski begründet seine Ablehnung des Vorschlages von Otto Baaz mit dem geplanten Wegzug des OSZ, dessen Gebäude die »Schwärzeseeschule« nutzen soll. Eine »Nachnutzung des derzeitigen Schulgebäudes«, in das 2006/2007 rund 30.000 Euro für den Ausbau als Hort und zur Nutzung des Kellergeschosses investiert wurden, sei »aufgrund des baulichen Zustandes wirtschaftlich nicht vertretbar. Eine alternative Nutzung für sozio-kulturelle, bürgerschaftliche, freizeitbezogene o.ä. Nutzungen ist derzeit nicht erforderlich. Solche Angebote sind umfangreich in verschiedenen anderen nachgenutzten Räumlichkeiten wie Bürgerzentrum, ehem. Kita Spatzennest oder im 'Freizeitschiff' der WBG vorhanden.«

Online-Befragung

Eberswalde (bbp). Noch bis zum 30. November können die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstädte der Arbeitsgemeinschaft »Städtekrantz Berlin-Brandenburg« in einer Online-Befragung über die Lebensqualität in ihren Städten Auskunft geben (www.eberswalde.de).

Die Online-Befragung zur Lebensqualität findet nach 2004 bereits zum zweitenmal statt. Die Entwicklung des Online-Fragebogens, heißt es in einer Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft »Städtekrantz Berlin-Brandenburg«, war seinerzeit Bestandteil eines Forschungsprojektes, welches durch das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bearbeitet wurde. Die Städtekrantz-Städte waren an dem Projekt als Partner beteiligt, in denen das Berichtssystem erstmals angewandt und auf Praxistauglichkeit geprüft wurde.

Die Ergebnisse der diesjährigen Online-Befragung werden nach entsprechender Auswertung im Februar 2010 vorliegen. Sie sollen ein aktuelles Meinungsbild zur Lebensqualität in 2009 darstellen und zugleich auch einen Vergleich zum Meinungsbild in 2004 ermöglichen.

Forschungs- und Gedenkstätte Eisenspalterei:

Wir brauchen Ihre Hilfe!

Sicherlich haben Sie in der Presse gelesen, daß am 9. Oktober von Bürgermeister Friedhelm Boginski und Überlebenden des Außenlagers des KZ Ravensbrück vor den Baracken in Eberswalde-Eisenspalterei eine Stele der Erinnerung eingeweiht wurde. Der Text lautet:

An dieser Stelle befand sich in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ein Außenlager des KZ Ravensbrück. Frauen aus zahlreichen europäischen Ländern wurden hierher verschleppt und mußten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Ihnen wurde an diesem Ort unermeßliches Leid zugefügt.

*Zum Gedenken an die Opfer
Zur Mahnung an die Lebenden*

DIE STADT EBERSWALDE

Wir befinden uns heute in der besonderen Situation, daß zwei der damaligen Baracken äußerlich nahezu im Originalzustand erhalten sind. Der betreibende Verein »EXIL« hat sich zum Ziel gesetzt, mit Hilfe einer Ausstellung, die Geschichte dieses Lagers den Menschen in Eberswalde näher zubringen.

Bei unserem Besuch mußten wir feststellen, daß es ein echtes Problem gibt. Eine der beiden Baracken hat ein Nässeproblem, insbesondere dadurch, daß der Dachfirst undicht ist.

Um die Baracke dauerhaft zu retten brauchen wir Ihre Hilfe.

Bereits während des Unternehmerempfangs des Bürgermeisters von Eberswalde am 16. Oktober sprachen wir mit mehreren Unternehmerinnen und Unternehmern mit der Bitte um Unterstützung. So haben die Sparkasse Barnim und die Barnimer Busgesellschaft bereits ihre Bereitschaft signalisiert, zu helfen.

Gemeinsames Ziel ist es, Fördermittel zu akquirieren und die dafür notwendigen Eigenmittel gemeinsam durch Spenden zu sichern.

Wenn jede/r der sich beteiligt 100 Euro spendet und wir mehr als 40 Unterstützer finden, werden wir unser Ziel erreichen.

Beteiligen sich an dieser Spendenaktion 100 Menschen, können wir die Zeit der Antragsstellung, der Bearbeitung, der Bewertung, der Genehmigung, also die Bürokratie-Zeit sparen und gleich loslegen, was natürlich noch phantastischer wäre. **Bitte helfen Sie schnell, damit vor den Herbststürmen und der Wintertälte das Dach sicher ist.**

Wenn Sie bei diesem Projekt mitmachen wollen, überweisen Sie bitte einen von Ihnen selbst gewählten Betrag an: Stadt Eberswalde, Sparkasse Barnim BLZ 17052000, Konto-Nr.: 251 001 00 02, Verwendungszweck: Spende Dach EXIL, Name, Vorname.

Ich danke Ihnen, auch im Namen aller, denen dieses Stück Erinnerungskultur wichtig ist.

MARGITTA MÄCHTIG

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Diskussionsveranstaltung
der Gruppe Arbeitermacht

20 Jahre Mauerfall

Revolution und Restauration

Warum brach die DDR zusammen?
Was war sie?

Welchen Charakter hatte die Opposition?
Welche Rolle spielte die Arbeiterklasse?

Warum wurde aus einer halben Revolution gegen die Bürokratie eine ganze soziale Konterrevolution?

**Eberswalde, Donnerstag, 19. November, 19 Uhr,
Gaststätte »Mundtshof«, (Geothestr.; gegenüber Kreisverwaltung).**

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

6. November: 19 Uhr, Hotel Palmenhof

Lesung mit 3-Gängern
Prof. Bernhard von Barsewisch
*Vom kochen und Leben
in märkischen Gutshäusern*

14. November: 18 Uhr, Brasserie am Stein

Helga Piur
Ein Häppchen von mir

24. November: 19 Uhr, Börsencafe (Sparkasse)

Jörg Swoboda
*Besser Aufgeweckt als eingeweckt
Geschichten zum Schmunzeln*

Vorschau:

12. Dezember, Alexander Finkel: Der kleine Prinz
Anmeldungen bei Buchhandlung Mahler (Tel. 03334/
239231, Fax 03334/287832, eMail: ebw-buch@gmx.de

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Das Team der Buchhandlung Mahler

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: [http://de.groups.yahoo.com/
group/bbp-forum/](http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Lindner, Markmann (3),
Richter (Bearbeitung Karte), Triller, Wikipedia

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 24. Oktober 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21.11.2009, 12 Uhr.